KNA-Hintergrund
Analyse, Einordnung, Vertiefung

Ausgabe 22/25

Katholiken-Komitee fordert menschlichere Politik

ZdK-Tagesordnung: neuer Papst, neue Regierung und eine Einladung

Eindrücke von der Frühjahrsvollversammlung katholischer Laien in Paderborn Seite 4

Lässt sich Antisemitismus interreligiös bekämpfen?

Angesichts einer steigenden Zahl von Übergriffen suchte eine Tagung Antworten Seite 11

Synodalität aus evangelischer und orthodoxer Perspektive

Rückblick auf das jüngste Treffen der Dialogkommission in Larnaka Seite 39

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Seite 8

Eine Expertenkommission rät Deutschland, sich weiter global zu engagieren – aber richtig.

Seite 14

Wohin steuert der Vatikan unter Papst Leo XIV.? Sechs Perspektiven und etliche offene Fragen

Seite 21

Der Streit um den Wiener „Hitlerbalkon“ tritt in eine neue Phase ein.

Seite 24

In der Migrationspolitik steuert Spanien einen eigenen Kurs – es werden Arbeitskräfte gebraucht.

Seite 28

Die Presseschau: Kommentare säkularer und religiöser Medien

Seite 35

Auf Zypern stolpert ein junger engagierter Metropolit über seine antiökumenische Position

Titelbild:
Das Kreuz des Zentralkomitees der Katholiken und das Logo der Organisation *Foto: Peter Bongard*

KNA-Hintergrund
Analyse, Einordnung, Vertiefung

28. Mai 2025

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach einem neuen Papst und einer neuen Bundesregierung hat sich auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken bei seiner Frühjahrsvollversammlung neu aufgestellt. Von dort berichtet Michael Althaus: Unter anderem geht es um die Lage in Nahost. Ideen dafür Antisemitismus interreligiös zu bekämpfen, haben Theologen auf einem Studientag der Ludwig-Maximilians-Universität in München angestoßen. Die Diskussion hat Christoph Renzikowski aufgefangen.

Im Pontifikat Leos XIV. zeichnen sich bereits einige klare Linien ab. Diese analysiert Vatikankorrespondent Ludwig Ring-Eifel aus den ersten öffentlichen Auftritten und Predigten des neuen Papstes - und geht auf offene Fragen ein. Währenddessen befindet sich die orthodoxe Kirche Zyperns in Unruhe. Von Skandalen und Spannungen unter Gläubigen ist die Rede. Über einen Metropoliten mit anti-ökumenischer Position schreibt Nikolaj Thon.

Spanien hat sich derweil zu einem alternativen Kurs in Sachen Migration entschieden. Hunderttausende Migranten sollen ab sofort in Spanien legal leben dürfen. Über das bisher einzigartige Konzept in Europa informiert Manuel Meyer.

Kristina Staab

Impressum

Geschäftsführerin:
Dr. Andrea Rübenacker

Chefredakteur:
Dr. Bernward Loheide

Stv. Chefredakteur/CvD:
Thomas Winkel

Heinrich-Brüning-Straße 9
53113 Bonn

Telefon: +49 (228) 26 00 00
E-Mail: hintergrund@kna.de

© Copyright 2025 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Mit dem Abonnement ist ein Leserecht verbunden. Für die Weitergabe sowie die Veröffentlichung der Inhalte (auch einzeln oder auszugsweise) und aller darin verlinkten Inhalte der KNA bedarf es eines entsprechenden Nutzungs- und Veröffentlichungsrechts. Bitte fordern Sie dies bei Bedarf im KNA-Vertrieb an: vertrieb@kna.de. Jeder Verstoß wird als Urheberrechtsverletzung gewertet.

Blick vom ZdK-Podium ins Plenum, rechts Generalsekretär Marc Frings. *Foto: Peter Bongard/ZdK*

„Alles neu macht der Mai …?“

Neuer Papst, neue Regierung, neue prominente Mitglieder: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat sich bei seiner Frühjahrsvollversammlung personell und politisch neu aufgestellt. Derweil ging der Streit um den Synodalen Weg in eine neue Runde.

Von Michael Althaus

Paderborn (KNA) „Alles neu macht der Mai?“ Mit dieser Frage hatte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp, ihre Rede überschrieben. Sie nahm damit Bezug auf den Start der neuen Bundesregierung, auf die Wahl von Papst Leo XIV. und nicht zuletzt auf interne Neuerungen beim ZdK. Mit all diesen Themen befasste sich das höchste repräsentative Gre-

mium des deutschen Laien-Katholizismus auf seiner Frühjahrsvollversammlung, die von Donnerstag bis Samstag im westfälischen Paderborn tagte.

Die rund 230 Delegierten forderten von der schwarz-roten Koalition eine menschlichere Politik. So kritisierte Stetter-Karp die aktuelle Asylpolitik, insbesondere die Aussetzung des Familiennachzugs. „Wir setzen uns dafür ein, im Aufenthaltsgesetz einen Rechtsanspruch auf Geschwisternachzug zu verankern“, sagte sie. „Die Familie ist ein hohes Gut und fördert nachhaltig die Integration der betroffenen Menschen.“

Eilig formulierte Resolution zur Lage in Nahost

Stetter-Karp begrüßte die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, die das Regierungsbündnis in seinem Koalitionsvertrag vereinbart hat. Zugleich warnte sie davor, einen zu engen Sicherheitsbegriff anzulegen. „Die Bundesregierung trägt nicht nur Verantwortung für Deutschland. Die unfassbare Gewalt in der Ukraine und im Nahen Osten erfordert Haltung und Handeln.“ So verabschiedeten die Delegierten zum Ende ihrer Versammlung eine eilig formulierte Resolution zur aktuellen Lage in Nahost.

Darin fordern sie die Bundesregierung auf, sich für die sofortige Aufhebung der Blockade humanitärer Hilfsleistungen durch Israel in Gaza einzusetzen. Auch müsse sie alle Anstrengungen unternehmen, damit die palästinensische Hamas alle Geiseln freilasse und ein dauerhafter Waffenstillstand endlich Wirklichkeit werde.

Militärische Bedrohungen heute versus globale Krisen morgen

Besorgt zeigte sich Stetter-Karp auch angesichts einer in ihren Augen massiven Schieflage bei den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und für Verteidigung. „Wir müssen die militärischen Bedrohungen von heute genauso im Blick haben wie die globalen Krisen von morgen“, mahnte sie. Zwar bleibe das Bundesentwicklungsministerium erhalten. Doch die Mittel schrumpften unaufhaltsam weiter. Darüber hinaus stehe das Lieferkettengesetz auf deutscher und EU-Ebene zur Disposition. Bis die europäische Richtlinie Wirkung entfaltet, sollten die Berichtspflichten entfallen. Damit werde die Sanktio-

Irme Stetter-Karp bei der ZdK-Vollversammlung in Paderborn
Foto: Peter Bongard/ZdK

nierung ausbleiben. „Wer auf dem Rücken der Ärmsten spart, stellt unseren Wertekompass infrage."

Das ZdK-Präsidium legte der Vollversammlung einen Antrag „Menschenwürde schützen, Zusammenhalt fördern, Zukunftsfähigkeit entwickeln" vor, der mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Weitere Beschlüsse machten sich für eine Stärkung der Sozialpartnerschaft und Tarifbindung, für den Erhalt der EU-Lieferkettenrichtlinie und für die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst stark. In einem weiteren Antrag forderte die Vollversammlung die Bundesregierung auf, den Schutz vor sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen weiter auszubauen und den entsprechenden Fonds für Betroffene im Ergänzenden Hilfesystem auch über 2028 hinaus strukturell zu sichern.

Position des ZdK zu einem Verbot der AfD noch offen

Mit Blick auf die AfD bekräftigte Stetter-Karp: „Ein AfD-Engagement ist unvereinbar mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Engagement in der Kirche. Ob aber ein Parteiverbot der richtige Weg ist, um rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut zu bekämpfen, muss sehr genau abgewogen werden." Sie lud die Delegierten dazu ein, über diese Frage zu beraten.

Auf Leo XIV. setzt die ZdK-Präsidentin große Hoffnungen. Bei seiner Amtseinführung habe er überzeugend deutlich gemacht, dass er ein politischer Papst sein werde, so die Präsidentin, die an der Feier in Rom teilgenommen hatte. Bestärkend sei zudem, dass er in seiner ersten Rede eine synodale Kirche bekräftigt habe. Damit stelle er sich ganz in eine Linie mit seinem Vorgänger Franziskus.

Ein aktueller Konflikt um die Synodalität der Kirche in Deutschland spielte hingegen nur am Rande der Versammlung eine Rolle. Zur erneuten Weigerung vier deutscher Bischöfe, an einem bundesweiten Synodalen Gremium teilzunehmen, will sich Stetter-Karp erst in dieser Woche äußern – gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing. ZdK-Vizepräsident Thomas Söding sagte: „Unser Ziel in Deutschland ist es, mit einer geeinten Bischofskonferenz zusammenzuarbeiten und da muss der Widerstand der Vier überwunden werden."

Neue Einzelmitglieder des ZdK: Rheinland-Pfalz Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) Foto: Sandro Halank/CC BY SA 4.0

Politikwissenschaftler Carlo Masala Foto: Superbass/ CC BY-SA 4.0

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) Foto: Karl-Josef Hildenbrand/ dpa-Pool/KNA

Personell stellte sich das ZdK neu auf und wählte turnusgemäß 45 Einzelpersonen in seine Reihen. Unter den erstmals gewählten Mitgliedern sind der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD), der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und der Politikwissenschaftler Carlo Masala. Wiedergewählt wurden neben

anderen der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU), die Schriftstellerin Nora Bossong und die Journalistin Claudia Nothelle. Auch Präsidentin Stetter-Karp erhielt wieder einen Platz in der Vollversammlung. Nicht mehr zur Wahl stellten sich etwa der Literaturwissenschaftler Heinrich Detering, der Ökonom und Klimaforscher Otmar Edenhofer und die frühere Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD).

Stetter-Karp zeigte sich bereits im Vorfeld der Wahl beeindruckt von der hohen Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement für einen starken Laienkatholizismus. Es sei nicht schwer gewesen, Kandidaten zu finden. „Wir können uns sehr darüber freuen, dass es eine breite Palette an Persönlichkeiten gibt, die Interesse haben, bei uns mitzuarbeiten." Vizepräsident Söding sprach von einem deutlichen Zeichen, „dass das ZdK als gesellschaftliche Stimme im kirchlichen und politischen Raum nach wie vor wichtig ist."

Erzbistum lädt zum Katholikentag 2028 in Paderborn

Viel Raum bei der Vollversammlung nahmen die Diskussionen und Abstimmungen über eine Reform von Statut und Geschäftsordnung des ZdK ein. „Mit dem Umzug des Generalsekretariats nach Berlin wächst auch die Dringlichkeit sich neu aufzustellen", sagte Vizepräsident Söding. Die Regelungen seien vielfach überfrachtet und sollten entschlackt werden. Sie bräuchten gewissermaßen ein „Fitnessprogramm". Debattiert, aber noch nicht entschieden wurde etwa über die Fragen, die Zahl der Vollversammlungen zu reduzieren und das ZdK zu verkleinern. Ein Antrag, das Präsidentenamt zugunsten eines gleichberechtigten Vorstands abzuschaffen, wurde abgelehnt.

Überraschend nahmen die Delegierten eine Einladung des Erzbistums Paderborn an, den übernächsten Katholikentag in der westfälischen Bischofsstadt auszurichten. Er soll dort vom 24. bis 28. Mai 2028 stattfinden. „Die Einladung ist uns eine ganz besondere Freude, weil es noch nie zuvor einen Katholikentag in Paderborn gab", sagte der Paderborner Erzbischof Udo Markus Bentz.

Er erlebe in Paderborn eine offene, gastfreundliche Atmosphäre und ein gutes Miteinander, so der aus dem Bistum Mainz stammende Erzbischof, der seit März vergangenen Jahres im Amt ist. Das Erzbistum Paderborn werde ein engagierter und verlässlicher Gastgeber an der Seite des ZdK sein, versprach er. Zuvor findet allerdings noch 2026 ein Katholikentag in Würzburg statt. Das Leitwort dort lautet: „Habt Mut, steht auf!"

Auf der Internetseite des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sind die Rede von Stetter-Karp und alle Beschlusstexte einsehbar.

Laden zum Katholikentag 2028 nach Paderborn (v.li.): Nadine Mersch und Jan Hilkenbach vom Diözesankomitee, Erzbischof Udo Markus Bentz und Irme Stetter-Karp.

Foto: Imago/Imagebroker

Deutschland und der globale Süden

Die neue Bundesregierung will sich auch weltweit neu und stark aufstellen. Dabei gibt es von Experten den guten Rat: Engagiert euch international eher mehr denn weniger – aber macht es richtig.

Eingangshalle mit Gitterglobus in der Wolfsburger Autostadt der Volkswagen AG

Von Anna Mertens

Berlin (KNA) Eine neue Bundesregierung erhält unzählige Forderungen, Vorschläge und Beratungsangebote – gefragt und ungefragt. Dabei gibt es Experten, deren Wissen gerne aufgenommen wird, ja gar in Koalitionsverträge oder Gesetze einfließt, und es gibt Lobbyisten oder Interessensvertreter, die weniger ausrichten können. Nicht immer hängt es an den Namen und dem Bekanntheitsgrad, aber sicherlich spielt beides eine Rolle.

Annegret Kramp-Karrenbauer ist ein bekannter Name. Die ehemalige Ministerpräsidentin, Bundesverteidigungsministerin und CDU-Chefin kann auf eine lange politische Karriere mit engen Verbindungen in Politik und Wirtschaft zurückblicken. Daher tritt die 62-Jährige mit großem Selbstbewusstsein in einer ihrer neuen Rollen auf. Kramp-Karrenbauer ist Vorsitzende der Kommission „Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden".

Komplexe Welt, beständiger Austausch

Die im Sommer 2014 gegründete Kommission hat zehn Mitglieder. Neben Kramp-Karrenbauer sind dies unter anderen der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne), Aufsichtsrätin und Ex-Siemens-Vorständin Janina Kugel, der Klimaforscher Ottmar Edenhofer und der ehemalige Botschafter Walter Lindner.

Hinter der Kommission steckt eine 2016 gegründete Dialogplattform namens „Global Perspectives Initiative". Diese lässt sich nach eigenen Angaben von der Überzeugung leiten: „In einer zunehmend komplexen Welt wird kontinuierlicher Austausch über Sektoren und Ländergrenzen hinweg benötigt".

Auf den ersten Blick erinnert die Kommission ein wenig an die ebenfalls in diesem Frühjahr in Erscheinung getretene Initiative für einen handlungsfähigen Staat. Auch hier haben sich prominente und „ehemalige" Größen aus Politik und Gesellschaft zusammengeschlossen, um – im Austausch mit weiteren aktiven Akteuren – Vorschläge zu erarbeiten. Hinter dieser Initiative stecken neben dem ehemaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Ex-Bundesminister Peer Steinbrück der Ex-Bundesverfassungsrichter Andreas Voßkuhle sowie die Medienmanagerin Julia Jäkel.

Beide Projekte scheint zu einen: In der Hoffnung auf ein besseres Miteinander – national wie international – wollen Ehemalige ihre

Die Kommission „Welt im Umbruch" (v.li.): Walter Lindner, Maria-Yassin Jah, Annegret Kramp-Karrenbauer, Janina Kugel und Michael Krake am 21. Mai in Berlin. *Foto: Imago/Political Moments*

Expertise der vergangenen Jahrzehnte zur Verfügung stellen. Vielleicht tun sie es auch ein bisschen, weil es eben doch nicht so einfach ist, sich einfach still und leise in den Ruhestand zu verabschieden.

Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat richtet den Blick nach innen und hat etwa das nun neue Digitalministerium vorgeschlagen. Dagegen richtet sich der Blick der Kommission um Kramp-Karrenbauer nach außen. Beiden Gruppen haben, so sagen sie, mit ihren unter Zeitdruck entstandenen Zwischenberichten den Koalitionsvertrag von Union und SPD mit prägen können.

Rückzug ist der absolut falsche Weg

Für die Kommission zum globalen Süden steht fest: Deutschland sollte sich international weiterhin stark und noch mehr engagieren. In ihrem nun vorliegenden Abschlussbericht plädieren die Experten aber auch für Verbesserungen in der Entwicklungszusammenarbeit. „Es ist der absolut falsche Weg sich zurückzuziehen“, betonte Kramp-Karrenbauer bei der Vorstellung des Bericht. Jedoch müssten Deutschlands Werte und Interessen klar benannt werden. Fast jeder vierte Arbeitsplatz hierzulande hänge vom Export ab, jeder zweite Euro werde im Ausland verdient. Gleichzeitig entfielen bereits heute etwa 35 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung auf die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, während die G7-Länder nurmehr 30 Prozent erwirtschafteten. Es gebe zu Recht ein neues Selbstbewusstsein etwa in afrikanischen Ländern, sagte Kramp-Karrenbauer.

Hinsichtlich der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit plädiert die Kommission für einen strategischen Umbau. Zumal internationale Zusammenarbeit den Alltag nahezu aller Bundesministerien präge. Klassische Entwicklungszusammenarbeit sei weiter nötig, aber sie müsse strategischer als ressortübergreifende Aufgabe aufgestellt werden – in „Clustern“, wie es neudeutsch heißt.

Künftig müsse es um internationale Partnerschaften auf Augenhöhe gehen und nicht um einseitige Hilfsleistungen – nicht nur über die öffentliche Hand, sondern auch über private Unternehmen. „Die Erwartung hier an Deutschland ist groß“, so Kramp-Karrenbauer. Auch Handelsabkommen müssten weiter vorangetrieben werden. Oft sei in den Gesprächen zu hören gewesen, dass Deutschland seine Interessen klar benennen dürfe.

Vorschlag: Nationale Einwanderungsagentur

Als wichtigen Aspekt der neuen Zusammenarbeit schlägt die Kommission eine Aufwertung des Bundessicherheitsrats zu einem Nationalen Sicherheitsrat vor. Weiter plädieren die Experten für einen gesteuerten Ausbau der Arbeitsmigration. „Ende 2024 waren circa 1,4 Millionen Stellen unbesetzt“, erinnerte Kramp-Karrenbauer. Hier brauche es für die Zukunft eine Bedarfsanalyse und eine nationale Einwanderungsagentur als zentrale Anlaufstelle mit vereinfachten Einreiseverfahren.

Darüber hinaus schlägt die Kommission einen finanziellen Ausbau der Entwicklungsbanken und internationaler Kohlenstoffmärkte vor sowie eine Umstrukturierung von Schulden der Länder des Globalen Südens vor. Kramp-Karrenbauers Empfehlung an ihre Nachfolger: „Bloß keine Schneckenhaus-Mentalität oder eine nach innen gewandte ‚Deutschland-zuerst-Politik‘“.

Empfehlungen der Kommission

Foto: Imago/ Wirestock

Antisemitismus interreligiös bekämpfen

Foto: Harald Oppitz

„Du Jude“ sei inzwischen das häufigste Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen, sagt die Münchner Religionspädagogin Mirjam Schambeck. Sind alle gegenläufigen erzieherischen Maßnahmen verpufft? Ein interreligiöser Studientag sucht Antworten.

Von Christoph Renzikowski

München (KNA) Antisemitische Vorfälle in Deutschland haben in erschreckendem Ausmaß zugenommen. Fast keine Woche vergeht ohne eine Veröffentlichung neuer alarmierender Zahlen. Was die Frage aufwirft: Sind vier Jahrzehnte „Holocaust Education“ für die Katz gewesen?

Die Katholisch-Theologische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) hat am 21. Mai zu einem Studiennachmittag geladen. Es geht um „Antisemitismuskritische Theologie und Bildung“ und „einen Beitrag zur Theologie des Interreligiösen Dialogs“. Naturgemäß ist die katholische Theologie auf dem Podium gut vertreten, dazu stößt ein Rabbiner aus der Schweiz. Aber der zunächst als Muslim wahrgenommene Sozialwissenschaftler Cemal Öztürk entpuppt sich als evangelisch getaufter und konfirmierter Sohn einer Deutschen aus Schleswig-Holstein und eines Vaters aus dem türkischen Antakya, der einer islamischen Minderheit angehört. Öztürk nimmt das wahr und fühlt sich dadurch zu einem entsprechenden „Disclaimer“ veranlasst, bevor er mit seinem Vortrag beginnt.

Das zeigt vielleicht schon ein erstes Problem an: Für einen echten interreligiösen Dia- bzw. Trialog ist es gar nicht so leicht, in Deutschland Gesprächspartner zu gewinnen, die einander auf Augenhöhe begegnen können. Der mitveranstaltenden Eugen-Biser-Stiftung ist das durchaus bewusst. Sie beschäftigt in ihrer kleinen Belegschaft, mit der sie vor allem interreligiöse Demokratieerziehung in Bayern und

Baden-Württemberg betreibt, christliche, jüdische und muslimische Fachleute. Vor Jahren hat sich die Stiftung für einen interreligiösen Studiengang an der LMU stark gemacht. Ohne Erfolg.

Das außerdem als Kooperationspartner des Studientags firmierende „Haus der Kulturen und Religionen München" ist ein Verein, der sich seit Jahren bemüht, ein solches Haus in der bayerischen Landeshauptstadt zu errichten.

Allein: Bisher gibt es kein Haus, sondern nur provisorische Unterkünfte. Gemessen an der überschaubaren Teilnehmerzahl lässt auch dieser Studientag den Schluss zu: Interreligiöser Dialog ist selbst in einer multikulturellen Millionenstadt wie München kein massentaugliches Thema, sondern etwas für Spezialisten. Dass er aber gerade in der akademischen Welt dringlicher ist denn je, dazu genügt ein Besuch der Uni-Toiletten in der Pause mit deren antiisraelischen und antisemitischen Latrinenparolen.

Antisemitismus lässt sich auf vielerlei Weise definieren, er speist sich aus vielen Quellen und lässt sich als geschichtsmächtige Erzählung immer wieder aktualisieren. Vor allem: Er kommt ohne jede reale Erfahrung mit dem Judentum aus.

Der Berner Rabbiner Jehoshua Ahrens zitiert dazu seinen 2020 verstorbenen britischen Kollegen Jonathan Sacks: „Im Mittelalter wurden Juden beschuldigt, Brunnen zu vergiften, die Pest zu verbreiten und christliche Kinder zu töten, um deren Blut zu verwenden. In Nazideutschland wurden sie beschuldigt, sowohl das kapitalistische Amerika als auch das kommunistische Russland zu kontrollieren. Heute werden sie beschuldigt, sowohl den IS als auch Amerika zu steuern. All die alten Mythen wurden recycelt – von der Ritualmordlegende bis hin zu den Protokollen der Weisen von Zion. Die Karikaturen, die den Nahen Osten überfluten, sind Nachahmungen derer, die in ‚Der Stürmer' veröffentlicht wurden."

Welches Kraut könnte dagegen helfen? Mehr Bildung? Sozialwissenschaftler Öztürk warnt vor Illusionen. Die Hoffnung etwa, unter Migranten verbreitete antisemitische Vorurteile würden sich abschwächen, je länger sie in Deutschland seien und vor allem, je länger sie am deutschen Bildungssystem teilnähmen, hätten sich empirisch nicht erfüllt. Zugleich wendet sich der Experte dagegen, im Antisemitismus vorwiegend ein Problem zu sehen, dass erst mit der zunehmenden Migration wieder nach Deutschland eingewandert sei. Bestimmte Formen von Antisemitismus seien in Deutschland inzwi-

Antiisraelische und antisemitische Parolen sprühten radikale Demonstranten, die im April einen Hörsaal der Berliner Humboldt-Universität verwüsteten.
Foto: Imago/Future-Image

Positives Beispiel: Die Ibn Khaldun Schule für Arabisch-Unterricht in Berlin Neukölln engagiert sich im Kampf gegen Antisemitismus und wurde dafür von der Berliner Sparkasse ausgezeichnet. Foto: Imago/Funke Foto Services

schen gesellschaftlicher Mainstream. Dies gelte vor allem für eine sogenannte Schluss-Strich-Mentalität.

Zu viel Wissen für den Kopf – zu wenig persönliche Begegnung?

Die katholische Religionspädagogin Mirjam Schambeck räumt selbstkritisch ein, „Holocaust Education" habe sich wohl zu lange auf reine Wissensvermittlung konzentriert und dabei die affektive Seite vernachlässigt. Sie wirbt für persönliche Gespräche und Begegnungen. Und wenn Zeitzeugen wie die inzwischen auch schon hochbetagte Charlotte Knobloch einmal nicht mehr seien, müssten sie eben mithilfe von „virtual reality" weiter am Leben erhalten werden.

Ein weiteres Problem: Schon wegen der Zahlenverhältnisse sind in Deutschland Alltagsbegegnungen mit Menschen jüdischen Glaubens sehr selten, einmal abgesehen von wenigen Großstädten. Wer hat schon in seinem Bekannten-, geschweige Freundeskreis Jüdinnen oder Juden? Natürlich könnten Rabbiner, Pfarrer und Imame gemeinsam Schulklassen besuchen. Mehr Eindruck würden bei Schülerinnen und Schülern aber womöglich Kontakte zu Gleichaltrigen hinterlassen. In der Schweiz gibt es solche Programme, sagt Jehoschua Ahrens.

Bei der Ausbildung von Lehrkräften wäre viel zu tun, ist man sich an dem Studientag auf dem Podium einig. An den Universitäten gibt es jedoch praktisch keine personelle Basis für interreligiösen Dialog. Theologische Lehrstühle für Judentum und Islam? Fehlanzeige. München mit seiner starken katholischen und evangelischen Fakultät und dem europaweit einzigartigen Institut für Orthodoxe Theologie wäre sicher ein guter Standort. Dafür aber müssten Partikularinteressen zurückgestellt werden.

Stichwort Partikularismus. Rabbiner Ahrens stellt in den Raum, dass das Judentum im Kampf um seinen eigenen Staat seine ebenso vorhandene universalistische Seite vielleicht vernachlässigt habe. Zum Beleg zitiert er mehrere rabbinische Stimmen seit dem 18. Jahrhundert: Sich dem Guten und Wahren einer anderen Religion öffnen, ohne sich selbst zu verleugnen und das Eigene zu verachten, sollte das nicht möglich sein?

Und dann macht er noch eine Feststellung, die länger nachhallen wird: In ihrer Alltagspraxis seien sich Juden und Muslime in Deutschland doch viel näher als anderen. Der Rabbiner verwies auf Rituale wie Beschneidung oder Speisevorschriften, aber auch den migrantischen Hintergrund bei den meisten. Wenn da bloß nicht der – soll man sagen vermaledeite? – Israel-Palästina-Konflikt wäre.

Wohin steuert der Vatikan unter Leo XIV.?

Drei Wochen ist es her, dass die Kardinäle einen gebürtigen US-Amerikaner zum Papst wählten. Konzentrierten sich Vaticanisti zunächst auf die Frage, wie es zu der Wahl kam, richtet sich nun der Blick nach vorne.

Von Ludwig Ring-Eifel

Vatikanstadt (KNA) Auch wenn Leo XIV. erst wenige öffentliche Auftritte hatte und nur eine Handvoll Predigten und Ansprachen gehalten hat, zeichnen sich bereits einige klare Linien seines – vermutlich langen – Pontifikats ab. Daneben bleiben etliche andere Fragen völlig offen.

1. Kontinuität mit Franziskus. Leo XIV. hat sich in einigen Punkten explizit in die Kontinuität der Lehren und Entscheidungen seines Vorgängers gestellt. Das gilt für die Förderung von Frauen in vatikanischen Führungsämtern ebenso wie für seine Würdigung der Umwelt-Enzyklika „Laudato si" von 2015. Der erste US-Amerikaner auf dem Stuhl Petri ist also offenbar weder ein Frauenverachter noch ein Klimaleugner. Auch die von Franziskus neu belebte und erweiterte Synodalität in der Kirche und das Zugehen auf andere Konfessionen und Religionen will er fortsetzen.

Leo XIV. am Grab seines Vorgängers Franziskus, von dessen Anliegen er etliches zu übernehmen scheint.
Foto: Vatican Media/RS/KNA

2. Kontinuität mit Vorgängerpäpsten. Ohne sie ausdrücklich zu zitieren, greift der neue Papst aber auch immer wieder auf Kerngedanken der beiden Päpste vor Franziskus zurück. Mit Karol Wojtyla verbindet ihn die Wiederbelebung der missionarischen Dynamik der Kirche. Und mit Joseph Ratzinger die Wertschätzung für die transzendente Dimension der Liturgie und das sanfte Betonen der kirchlichen „Wahrheit", die aus seiner Sicht gleichberechtigt neben der Liebe und der Sorge für alle Menschen stehen soll. Überraschend oft zitiert Leo den früh verstorbenen „lächelnden Papst" Johannes Paul I. (1978).

3. Ausgleich zwischen den Flügeln der Kirche. Die unter Benedikt und Franziskus gewachsene Polarisierung in der Kirche und zwischen theologischen Strömungen war in den Versammlungen der Kardinäle vor dem Konklave ein zentrales Thema. Dass er die Einheit der Kirche fördern will, damit diese zu einem Vorbild in einer zerstrittenen Welt werden kann, ist die bislang klarste und weitreichendste Ansage des neuen Papstes in seinen ersten Wochen.

Leo XIV. mit der Mozzetta, wie sie Päpste vor Franziskus trugen.
Foto: Cristian Gennari/RS/KNA

4. Behutsame Wertschätzung für Symbole und Traditionen. Seit dem ersten Auftritt mit der „Mozzetta" hat Leo XIV. deutlich gemacht, dass er offenbar einen Mittelkurs fahren will: Zwischen dem bisweilen traditions-nostalgisch wirkenden Auftreten von Benedikt XVI. und dem sehr saloppen Umgang, den Papst Franziskus in Fragen der Kleidung und des Protokolls pflegte. Zum neuen Stil von Leo XIV. gehören auch scheinbare Kleinigkeiten wie das Comeback des „Ringkusses" bei Audienzen: Franziskus zog fast immer die Hand weg, wenn jemand ihm den Ring als Zeichen der Ehrerbietung küssen wollte. Leo XIV. lässt es zu. Geändert hat sich auch das päpstliche Brustkreuz: Statt schlichtem Silber ist jetzt auch wieder Gold zu sehen.

5. Ältere Wohnung und moderneres Auto. Im Vatikan laufen Vorbereitungen für eine Rückkehr des Papstes in die päpstliche Dienstwohnung im Apostolischen Palast. Das spart viel Geld:

Im Beisein des neuen Papstes brechen Mitarbeiter das Siegel an der Tür zur päpstlichen Wohnung im Apostolischen Palast auf. Hier wird Leo XIV. wohl wieder einziehen. Rechts Leos Wappen als Papst mit dem Motto: „In dem, der eins ist, sind wir eins". Links oben im Schild eine weiße Lilie auf blauem Grund – Symbol für Reinheit und Unschuld, oft mit der Jungfrau Maria in Verbindung gebracht; rechts unten ein brennendes Herz über einem geschlossenen Buch und von einem Pfeil durchbohrt. Das vom Pfeil der Liebe durchbohrte Herz mit dem Buch als Zeichen der Gelehrsamkeit findet sich auch auf dem Ordenswappen der Augustiner. *Fotos: Vatican Media/Romano Siciliani/KNA*

Das Leben von Papst Franziskus im Gästehaus Santa Marta hat laut Medien-Schätzungen rund 200.000 Euro pro Jahr gekostet – sowohl wegen entgangener Einnahmen durch Vermietung als auch durch Kosten für mehr Sicherheitspersonal.

Ferner kann der Papst mit der weithin sichtbaren Wohnung hoch über dem Petersplatz sowohl ein Signal seiner Präsenz in Rom als auch seiner Verbindung zur römischen Kurie setzen, die im gleichen Bauwerk arbeitet. Auch bei der Wahl seines Autos tickt Leo XIV. anders: Während Franziskus meist den Fiat 500L nutzte, fährt Leo gern im dunklen VW Tiguan-SUV (elektrisch); darin findet auch sein Privatsekretär Platz. Einen solchen hat er anders als Franziskus wieder eingeführt.

6. Ein Papst als Teamplayer. Anders als Franziskus scheint Leo XIV. die Kardinäle und vatikanischen Behördenleiter stärker an Entscheidungen beteiligen zu wollen. In seiner ersten Predigt auf dem Petersplatz sagte er, ein Papst dürfe niemals „der Versuchung erliegen, ein einsamer Anführer oder ein über den anderen stehender Chef zu sein (...); von ihm wird verlangt, dem Glauben der Brüder und Schwestern zu dienen, indem er mit ihnen gemeinsam auf dem Weg ist."
Gleich bei seinem ersten Treffen mit dem Kardinalskollegium ließ er eine Debatte zu. Und in seiner Ansprache an die Kurie sagte er: „Die Päpste kommen und gehen, die Kurie bleibt". An diesem Punkt zeigt sich ein großer Unterschied zum Vorgänger, der als alleiniger Entscheider und Garant der Einheit der Kirche auftrat. Leo XIV. hingegen kündigte an, er wolle „sich selbst klein machen".

7. Offene Fragen. Bislang hat Papst Leo XIV. noch nicht durchblicken lassen, wie er sich in entscheidenden Fragen, die im Vorkonklave Thema waren, verhalten will. Dazu gehören:

a) Das Finanz-Defizit im Vatikan. Beobachter vermuten, dass die unter Franziskus nur noch spärlich geflossenen Spenden aus den USA unter einem amerikanischen Papst wieder sehr viel reichlicher

Als Bischof von Rom auf seiner Kathedra in der Lateranbasilika
Foto: Cristian Gennari/RS/KNA

eingehen werden. Ob das ausreicht, um das Haushalts-Loch zu stopfen, oder ob er auch das bisherige Entlassungs-Veto in der päpstlichen Personalpolitik aufbrechen wird, bleibt abzuwarten.

b) Der ungeklärte Status der Synode. Zwar hat Leo XIV. bekundet, dass er den von Franziskus angestoßenen Weg der Synodalität fortsetzen will. Doch wird von ihm als promoviertem Kirchenrechtler erwartet, dass er die von den Kardinälen im Vorkonklave geforderte bessere Balance zwischen Synodalität und bischöflicher Kollegialität herstellt.

c) Kommunikations-Strategie. Die unter Franziskus oft unberechenbare Kommunikation durch spontane Interview-Äußerungen scheint dem bisher gezeigten zurückhaltenden Charakter von Papst Leo XIV. nicht zu entsprechen. Was er stattdessen tun wird, ist ungewiss. Fraglich ist auch, wie er mit dem personalintensiven und kostspieligen Medien-Apparat des Vatikans umgehen wird.

d) Professionelle Außenpolitik. Franziskus ging in der Außenpolitik oft mehrgleisig vor: Er agierte manchmal selbst, gelegentlich setzte er informelle Sonderbeauftragte ein, daneben ließ er aber auch die etablierte vatikanische Diplomatie weiter arbeiten. Die meisten Beobachter erwarten von Leo XIV. eine berechenbare, klassische Außenpolitik unter Federführung des Staatssekretariats.

e) Ungeklärte Rechtsfragen. Der Fall des italienischen Kardinals Angelo Becciu, den Papst Franziskus wegen seiner Rolle in einem Immobilienskandal degradierte und dann doch wieder symbolisch begnadigte, ist nur der sichtbarste unter mehreren schwierigen „Fällen", die Leo XIV. geerbt hat. Ein weiterer ist das seit Jahren schwebende Verfahren gegen den früheren Jesuitenpater Marco Rupnik, dem mehrere Ordensfrauen geistlichen und sexuellen Missbrauch vorwerfen.

Leo XIV., hier im Gespräch mit seinen Kardinälen zwei Tage nach der Wahl, gilt im Vergleich zu Franziskus als besserer Teamplayer.

Auch seine Diplomatie könnte kongruenter werden: hier mit US-Außenminister Marco Rubio (li.) und Vizepräsident James D. Vance am Tag nach seiner Amtseinführung.

Foto: Harald Oppitz/KNA

Marion Ackermann ist die neue Präsidentin der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Sie wurde als Nachfolgerin von **Hermann Parzinger** bei einer Veranstaltung in Berlin im Neuen Museum ins Amt eingeführt. Die Kunsthistorikerin und Museumsdirektorin Ackermann war zuvor Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Der Archäologe Parzinger war seit 2008 Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die mit ihren Museen, Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten zu den bedeutendsten Kultureinrichtungen der Welt zählt.

Hermann Auer (Jahrgang 1975), bislang Referatsleiter Schlösserverwaltung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, wird neuer Präsident der Bayerischen Schlösserverwaltung. Zum 1. Juni folgt er Bernd Schreiber nach, der sich nach 14 Jahren im Amt in den Ruhestand verabschiedet. Die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen ist einer der größten Museumsträger Deutschlands.

Foto: Dekanat Habsberg

Schwester Maria Lumina Delmes wird die erste Eremitin des Bistums Eichstätt. Sie legt am 31. Mai bei einem Gottesdienst in der Wallfahrtskirche auf dem Herz-Jesu-Berg bei Velburg (Oberpfalz) ihr feierliches Gelübde als Diözesaneremitin ab. Wie das Bistum mitteilte, wird sie künftig offiziell als Einsiedlerin auf dem Berg leben.

Gero E. Trepte/TopTalente.org

Anton Magnus Dorn, langjähriger Geschäftsführer des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses in München, ist am 24. Mai 85 Jahre alt geworden. Er absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Kaufmann und zum Polizisten. Er holt das Abitur nach, studierte Theologie, Germanistik und Politologie in Tübingen. Am Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses erhielt er seine journalistische Ausbildung und wirkte dort 27 Jahre von 1985 bis 2002.

Foto: Bistum St. Gallen

Beat Grögli (54), bislang Dompfarrer, ist neuer Bischof des Schweizer Bistums Sankt Gallen. Er ist der Nachfolger von Bischof **Markus Büchel** (75), wie der Vatikan mitteilte. Er studierte Theologie in Freiburg, Wien und Innsbruck sowie Psychologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Nach der Priesterweihe 1998 war er im pastoralen Dienst tätig. Ab 2013 war er Pfarrer der Kathedrale Sankt Gallen sowie ab 2018 Dekan in dem Dekanat.

Foto: Imago/Sportsphoto

Ilkay Gündogan (34), Fußballspieler und ehemaliger Kapitän der deutschen Nationalmannschaft, erhält die Mevlüde-Genç-Medaille des Landes Nordrhein-Westfalen. Damit würden seine besonderen Verdienste rund um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgezeichnet, teilte die Staatskanzlei in Düsseldorf mit. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) werde die Auszeichnung für besondere Verdienste im

Kampf gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus voraussichtlich im Spätsommer überreichen.

Foto: Erzdiözese Freiburg

Michael Hertl übernimmt zusätzlich zu seiner Position als Leiter der Stabsstelle Kommunikation am 1. September auch die Position des Pressesprechers des Erzbistums Freiburg. Gleichzeitig sucht das Erzbistum einen neuen Pressereferenten und Vize-Referatsleiter. Der bisherige Pressesprecher **Marc Mudrak** hat zum 31. August gekündigt. Er wechselt in die Kommunikationsabteilung eines großen Freiburger Unternehmens.

David Krenz erhält den Journalistenpreis des ökumenischen Vereins Andere Zeiten. Ausgezeichnet wird sein Beitrag „Der Herr der Ringe“ im Magazin „Stern“ über einen Boxclub im brandenburgischen Eisenhüttenstadt, in dem Alteingesessene „die neuen Nachbarn“ aus Afghanistan, Tschetschenien und der Ukraine trainieren und die Einrichtung auf diese Weise retten. Den zweiten Preis erhalten **Solveig Flörke** und **Marko Rösseler** für ihre WDR-Dokumentation „Tod im Vereinsheim – Wie Vereine ums Überleben kämpfen“. Darin fragen sie nach den Gründen für den Mitgliedermangel und Möglichkeiten, die Lücken zu schließen. Den dritten Preis bekommt **Diana Laarz** für ihre im Magazin „Geo“ veröffentlichte autobiografische Reportage „Was heißt schon ‚normal‘?“. Sie handelt von ihrem eigenen Sohn David, dessen Entwicklung deutlich verzögert verläuft.

Bernd Kuschnerus (62) bleibt leitender Geistlicher der Bremischen Evangelischen Kirche. Der 141 Mitglieder zählende Kirchentag, das Parlament der Kirche, bestätigte den bisherigen Schriftführer. Sein Amt heißt aber künftig Kirchenpräsident. Mit 88,39 Prozent wählte der Kirchentag die Medienfachfrau und Projektmanagerin **Maria Esfandiari** (32) zu seiner Präses. Die Bremische Evangelische Kirche ist mit rund 152.000 Mitgliedern eine der kleineren unter den 20 evangelischen Landeskirchen in Deutschland (Seite 41).

Foto: SFP

Tiziana Merletti (65), frühere Generaloberin der „Franziskanerinnen der Armen“, ist von Papst Leo XIV. in den Rang einer Staatssekretärin in der Römischen Kurie erhoben worden. Er machte die italienische Ordensfrau zur Nummer zwei im Ordensdikasterium. Merletti ist promovierte Kirchenrechtlerin und hatte ihren Orden von 2004 bis 2013 geleitet. Auch beriet sie die internationale Vereinigung der Ordensoberinnen (UISG) in kirchenrechtlichen Fragen.

Sophia Merwald, freie Journalistin und Autorin, hat den mit 15.000 Euro dotierten Alfred-Döblin-Preis erhalten. Damit werde ihr Roman-Projekt „Lusthansa“ gefördert, so die Akademie der Künste in Berlin. Mit der „Lusthansa“ erschaffe die 1998 in Weiden in der Oberpfalz geborene Merwald einen verwunschenen Ort, „an dem die Kristalloma herrscht und der Vanillemond scheint“, hieß es zur Begründung. Der alle zwei Jahre vergebene Alfred-Döblin-Preis gehört zu den renommiertesten Literaturauszeichnungen des Landes.

Foto: gregorianum.it

Renzo Pegoraro (65), bisher Kanzler der Päpstlichen Akademie für das Leben, ist von Papst Leo XIV. zu deren neuem Präsidenten ernannt worden. Damit tritt der italienische Geistliche die Nachfolge von **Erzbischof Vincenzo Paglia** (80) an. Dieser hatte

zuvor schon seinen Rückzug aus dem Amt angekündigt. Pegoraro studierte Medizin und Theologie und spezialisierte sich später in Bioethik. Von 2010 bis 2013 war er Präsident der European Association of Centers of Medical Ethics (EACME). Benedikt XVI. hatte Pegoraro 2011 zum Kanzler der Päpstlichen Akademie ernannt.

KhanhTran21 / CC BY 4.0

Michael M. Pham (58), in Vietnam geborener Geistlicher mit einem Magister in Raumfahrttechnik, ist von Papst Leo XIV. zum neuen Bischof von San Diego/USA ernannt worden. Damit leitet erstmals ein gebürtiger Vietnamese ein katholisches Bistum in den Vereinigten Staaten. Bislang war Pham einer von drei Weihbischöfen in den USA, die aus Vietnam stammen. Zuvor war er in dem großen Bistum in Südkalifornien als Weihbischof zuständig für die ethnischen Minderheiten.

Foto: Julia Steinbrecht/KNA

Cornelia Richter (54), Theologieprofessorin und Pfarrerin im Ehrenamt, ist zur ersten Bischöfin in der Geschichte der evangelisch-lutherische Kirche in Österreich gewählt worden. Notwendig wurde die Wahl, da Bischof **Michael Chalupka** Ende dieses Jahres in den Ruhestand tritt. Richter lehrt an der Universität Bonn. Sie tritt ihr Amt am 1. Januar 2026 an.

Foto: SJ-Foto

Christian Rutishauser, Professor für Judaistik an der Universität Luzern (Schweiz), erhält die Buber-Rosenzweig-Medaille 2026. Rutishauser wird als katholischer Vertreter im christlich-jüdischen Dialog in der Schweiz, in Deutschland, Europa und weltweit gewürdigt. Er verfolge die Entwicklungen der katholisch-jüdischen Beziehungen und agiere als intensiver Mahner gegen Rückfälle der Verständigung, teilte der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit. Die Rosenzweig-Medaille soll im März 2026 in Köln verliehen werden.

Foto: Imago/Avalon.red

Sasha Vasilyuk, US-amerikanische Schriftstellerin, erhält den Sami-Rohr-Preis für jüdische Literatur. Sie erhält die mit 100.000 US-Dollar dotierte Auszeichnung für ihren Roman „Der gute Name unseres Vaters“ (engl. Originaltitel: Your Presence is Mandatory), wie die Israelische Nationalbibliothek mitteilte. Der Sami-Rohr-Preis wurde 2006 von der Familie des aus Nazideutschland geflohenen jüdischen Immobilienentwicklers und Philanthropen Sami Rohr (gestorben 2012) gestiftet.

Streit um den Wiener „Hitlerbalkon“

Vom Balkon der Wiener Hofburg blickt man auf das kollektive Herz von Österreichs Demokratie: Parlament, Bundeskanzleramt, Präsidialamt, Rathaus. Nur ist der Altan für die Öffentlichkeit gesperrt, er ist politisch kontaminiert.

Blick auf den gesperrten Altan der Wiener Hofburg *Foto: Markus Schönherr/KNA*

Von Markus Schönherr

Wien (KNA) 15. März 1938: Auf dem Heldenplatz, dem inoffiziellen Hauptplatz der österreichischen Hauptstadt, haben sich Zehntausende Menschen versammelt. Sie brechen in Jubel aus, als der „Führer“ den Altan betritt und den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich verkündet. Dies sei der „erste Schritt der Expansionspolitik von NS-Deutschland“ gewesen, erzählt Monika Sommer. Sie ist Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich (HdGÖ). Jetzt ist anlässlich des 80-jährigen Gedenkens an das Weltkriegsende ein Streit um den sogenannten „Hitlerbalkon“ ausgebrochen. Historiker fordern seine Öffnung.

Das Zeitgeschichtemuseum befindet sich in der Neuen Burg, dem jüngsten Teil des Hofburg-Areals. Von den Ausstellungsräumen ist der historisch belastete Balkon nur durch eine Glastür getrennt. „Wir als Museum können ihn gar

nicht aufsperren“, erzählt Sommer. Denn die alleinige Verantwortung über den Balkon liege bei der Burghauptmannschaft, der Gebäudeverwaltung der Republik.

In den vergangenen Jahrzehnten haben einzig eine Hand voll Holocaust-Überlebender oder deren Nachfahren den Altan betreten. Wie zuletzt die US-amerikanisch-österreichische Psychoanalytikerin Erika Freeman, die den Akt als „Rache an Hitler“ verbuchte. Kein Schild, kein Denkmal erinnert an die „internationale Relevanz“, die Hitler dem Ort laut Historikerin Sommer gegeben habe. Stattdessen wird das Bauwerk tabuisiert.

Sommer spricht von einer „unveränderten Praxis des Wegsperrens“. Der historisch belastete Altan werde von außen weder kontextualisiert noch kommentiert, was ihn für Vereinnahmungen von allen Seiten anfällig mache. So komme es gelegentlich vor, dass der Hitlergruß Richtung Balkon gezeigt werde; auch die Parteijugend der rechtsnationalen FPÖ provozierte hier jüngst mit einem Videodreh.

Österreichs Ringen um die Mitverantwortung

Problematisch ist das kuratorische Totschweigen des Balkons auch, da er symbolisch für noch etwas steht: die österreichische Mitverantwortung an NS-Kriegsverbrechen. Obwohl etwa 500.000 Österreicher sich der NSDAP anschlossen und viele in die höchsten Ränge von SS und Wehrmacht aufstiegen, sah man sich in Österreich jahrzehntelang als „Opfer“ Nazi-Deutschlands.

„Die Opferthese war österreichische Staatsräson bis in die Mitte der 80er Jahre, als mit der sogenannten Waldheim-Affäre 1986 klar geworden ist, dass sich diese nicht länger halten lässt“, erzählt Sommer. Die NS-Vergangenheit des UN-Generalsekretärs und späteren Bundeskanzlers Kurt Waldheim hatte eine breite Debatte über Österreichs Mittäterschaft ausgelöst. „Seitdem hat Österreich immer wieder Maßnahmen unternommen, um seine historische Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen.“

Mit Blick auf den Altan spricht Hannes Leidinger, Historiker an der Uni Wien, von einer „wienerischen Neigung zur Paradoxie“ – ein Denkmal kenne man oft nur vom Wegschauen. Allerdings: „Die letzten Zeitzeugen verstummen. Deshalb ist es umso wichtiger, die Vergangenheit und damit auch die Irrwege des eigenen

Monika Sommer in der Hofburg vor der gesperrten Balkontür und deren Aussicht *Fotos: Markus Schönherr*

Vorschläge erwünscht: Infotafel zum Ideenwettbewerb für den künftigen Umgang mit dem „Hitlerbalkon“

Landes in der Erinnerung wach zu halten.“

Zuletzt hat die historische Aufarbeitung neuen Schwung erhalten. Davon zeugte etwa die Rede des österreichischen Bundeskanzlers Christian Stocker, der bei der Gedenkfeier zum Weltkriegsende einräumte: „Viel zu viele standen im März 1938 jubelnd am Heldenplatz. Viel zu viele haben zugeschaut, weggeschaut und auch mitgemacht, als ihre Mitmenschen erniedrigt, vertrieben und ermordet wurden.“

Auch das HdGÖ will dieser Tatsache Rechnung tragen. Vor kurzem veranstaltete das Museum einen Ideen-Wettbewerb darüber, wie man angemessen mit dem „Hitlerbalkon“ umgehen könnte. Die Gewinner des Gedankenexperiments: Eine gläserne Decke über der Terrasse, um sie für jede weitere Selbstüberhöhung unbenutzbar zu machen; eine Umkehrung des Ortes ins Museumsinnere; und ein massiver aus dem KZ Mauthausen stammender Felsblock inmitten der Terrasse. Derzeit können Besucher an einer interaktiven Wand neben dem Altan selbst Ideen einbringen und über dessen Öffnung abstimmen. Auch Führungen ins Freie, die Demokratie vermitteln, seien laut Sommer möglich.

Doch ausgerechnet jetzt, zur Zeit des Umdenkens, tut sich laut Kritikern eine neue Hürde auf: Das HdGÖ soll bis 2028 umziehen. Wegen Platzmangels. Etliche Historiker kritisieren den Plan. Das Zeitgeschichtemuseum müsse als Kurator des Balkons und des Heldenplatzes im historischen Gemäuer bleiben, fordern sie.

Für Direktorin Sommer steht fest: Selbst von einem anderen Standort aus werde man auf die „geschichtspolitische Leerstelle im Herzen der Republik“ aufmerksam machen. „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diesen Ort nicht wegsperren, sondern durch eine Nutzung zurückholen sollten in die Mitte der Gesellschaft.“

1938 verkündete Hitler vom Altan der Hofburg aus den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Foto: Imago/TT

Spanien wählt eigenen Kurs

Spanien erleichtert Migranten legales Leben und Arbeiten – einige Hürden gibt es noch. *Foto: Imago/NurPhoto*

Hunderttausende Migranten sollen in Spanien ab sofort legal leben. Ein entsprechendes Gesetz ist bereits in Kraft getreten. Obwohl das Land seit Jahren unter einem hohen Migrationsdruck steht.

Von Manuel Meyer

Madrid (KNA) Mehr Begrenzung, mehr Zurückweisungen, mehr Rückführungen: Gleich in seiner ersten Regierungserklärung kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) einen härteren Kurs in der Asylpolitik an. Mit dieser Strategie steht die neue Bundesregierung nicht alleine. Fast alle europäischen Länder setzen in ihrer Migrationspolitik derzeit eher auf Abschottung und Abschiebungen. Vergangene Woche legte sogar die EU-Kommission einen neuen Vorschlag für ein effizienteres Asylverfahren vor, mit dem die EU-Mitgliedstaaten illegale Einwanderer noch leichter in Drittstaaten ausweisen können.

Doch ausgerechnet Spanien, das seit Jahren unter einem enorm hohen Migrationsdruck steht, macht genau das Gegenteil. Schon als

im vergangenen Jahr rund 46.000 afrikanische Bootsflüchtlinge die Kanarischen Inseln vor der Küste Westafrikas erreichten, besuchte Spaniens sozialistischer Regierungschef Pedro Sánchez den Senegal, Gambia und Mauretanien. Natürlich forderte er von diesen Ländern ein härtestes Vorgehen gegen Schlepperbanden.

Der spanische Regierungschef Pedro Sánchez bei einem Treffen mit dem gambischen Präsidenten Adama Barrow. Foto: Imago/ Europa Press

Vor allem aber bot er Arbeitsverträge an, um die legale Migration zu fördern. „Migration ist kein Problem, sondern eine Notwendigkeit“, sagte Sánchez auf seiner Afrikareise. „Um unseren Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten zu können, sind wir auf Migration angewiesen“. Mit besonderen Visa-Programmen können seitdem Menschen aus diesen afrikanischen Staaten geregelt und zeitlich begrenzt nach Spanien einwandern, um dort zu arbeiten.

Erst im August in Spanien angekommen arbeitet ein Senegalese im Februar bereits in Lugo, Galicien. Foto: Imago/ Europa Press

Doch nun ging Spanien sogar noch einen Schritt weiter. Vergangene Woche traten neue Einwanderungsbestimmungen in Kraft, welche die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für illegale Migranten deutlich verkürzen und vereinfachen, die sich bereits im Land befinden. Damit will die Madrider Regierung in den kommenden drei Jahren bis zu 900.000 Migranten ohne Papiere legalisieren.

Migranten arbeiten in Spanien häufig als Erntehelfer - beispielsweise pflücken sie Kirschen. Foto: Imago/ Zonar

Spaniens sozialistische Migrationsministerin Elma Saiz ist sich bewusst, dass ihre Regierung mit diesen Maßnahmen gegen den Strom der sich verschärfen-

In La Manga ernten Arbeiter auf einem Feld Gemüse. *Foto: Imago/MiS*

den Ausländerregelungen in der Europäischen Union schwimme. Aber ihr Land brauche wie eigentlich auch alle anderen EU-Länder dringend Arbeitskräfte, die ihre Steuergelder beitragen und in einer stark alternden Gesellschaft ins Rentensystem einzahlen, so die Ministerin.

„Tatsächlich braucht Spanien nach Schätzungen jährlich bis zu 300.000 Migranten, um das Wirtschaftswachstum und die Zahl der arbeitenden Bevölkerung stabil zu halten", erklärt Carlos Victoria, Wirtschaftsprofessor an der katholischen Comillas-Universität in Madrid. Gerade in der Gastronomie, Pflege, der Landwirtschaft, Fischerei und auf dem Bau werden Arbeitskräfte gesucht.

Obwohl Spanien mit einer Arbeitslosenquote von rund 12 Prozent zu kämpfen hat und einer sogar doppelt so hohen Jugendarbeitslosigkeit, können diese Wirtschaftsbereiche aufgrund teils harter Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen nur schwer mit Spaniern besetzt werden, so Wirtschaftsexperte Victoria. Während viele Marokkaner und Nordafrikaner vor allem in Andalusien als Erntehelfer arbeiten, finden lateinamerikanische Migranten, die mit Touristenvisa ins Land kamen und die größte Migrationsgruppe darstellen, aufgrund der Sprache Anstellungen in der Gastronomie, aber auch in der privaten Alten- und Krankenpflege.

Für mehr Steuern die Bürokratie senken

Im Kampf gegen die Schattenwirtschaft, durch die dem Staat Millionen an Steuergeldern verloren gehen, werden nun die bürokratischen Hürden für illegale Einwanderer gesenkt, um ihren Aufenthalt zu regularisieren. Illegale Einwanderer brauchen nun nicht mehr drei Jahre lang wie bisher, sondern nur noch zwei Jahre in Spanien gelebt haben, um die Anträge für Aufenthaltsgenehmigungen stellen zu können. Auch der Familiennachzug wird erleichtert. Angehörige eingebürgerter Einwanderer können die Verfahren von Familienzusammenführung sogar von Spanien aus durchführen. Zudem erhalten Einwanderer, die ihre Aufenthaltserlaubnis verloren haben, eine zweite Chance, ihren Status wieder zu legalisieren.

Besonders positiv bewertet Diego Fernández, Migrationsexperte bei der spanischen Caritas, die Ausweitung des „Verwurzelung"-Konzepts in den neuen Einwanderungsregeln auf fünf Kategorien. Dabei handelt es sich in Europa um ein einzigartiges Konzept, das Migranten aufgrund sozialer oder familiärer Aspekte den Erhalt von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen gewährt. Auch Arbeitsverträge und Studienplätze können dafür geltend gemacht werden.

Dennoch sieht Fernández auch Schwachpunkte in der neuen Gesetzgebung. „Obwohl illegale Einwanderer jetzt früher als vorher ihre Anträge stellen können, die

bürokratischen Hürden abgebaut wurden, sind sie immer noch gezwungen, zwei Jahre illegal in Spanien zu leben und zu arbeiten", so der auf Migrationsrecht spezialisierte Rechtsanwalt der Caritas.

Problematische Fälle bleiben

Vor allem würden schwer für Jobs vermittelbare Einwanderer, wie beispielsweise ältere Menschen, kaum Vorteile aus den neuen Einwanderungsregeln ziehen können. Besonders problematisch wären die neuen Bestimmungen aber für Asylbewerber, deren bisherige und teils jahrelange Aufenthaltsdauer nicht anerkannt werden würde, sollte ihr Asylantrag abgelehnt werden.

Die Regierung gesteht ein, dass die neuen Einwanderungsregeln nicht perfekt sind und nicht alle Migrationsgruppe wie gewünscht abdecken. Deshalb wirbt die sozialistische Minderheitsregierung nun im Parlament für eine „außerordentliche Regularisierung", mit der bis Ende des Jahres rund 470.000 zusätzlichen illegalen Einwanderern eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erteilt werden könnte.

Die Initiative basiert auf einem bereits Ende 2021 von der Spanischen Bischofskonferenz und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen im Parlament eingereichten Volksbegehren mit über 600.000 Unterschriften. „Wir müssen die Rechte illegal in Spanien lebender Einwanderer schützen. Es handelt sich nicht um billige Arbeitskräfte und bloße Instrumente, unseren Wohlfahrtsstaat zu erhalten. Es sind Menschen mit einer Würde und deshalb ist es für uns eine moralische Verantwortung, sie auch mit Würde zu behandeln", stellt Fernando Redondo, Migrationsbeauftragter der spanischen Bischofskonferenz, im KNA-Gespräch klar.

Aus diesem Grund forderte auch Erzbischof Luis Argüello, Vorsitzender der Spanischen Bischofskonferenz, beide großen Volksparteien zur „mutigen Zusammenarbeit" auf, um das Volksbegehren einer „außerordentlichen Regularisierung" voranzutreiben. Die Kirche will vermitteln, denn gerade die konservativen Oppositionspartei PP steht der Massenlegalisierung von Einwanderern ohne Papiere eher skeptisch gegenüber. Zumal die Rechtspopulisten, die mittlerweile die drittstärkste Kraft im Land sind, ausländerfeindliche Stimmung in Spanien verbreiten.

Integration von Latinos einfacher als aus Nahost

Doch Fernando Redondo gibt sich optimistisch. Selbst konservative Regierungen hätten in der Vergangenheit solche „außerordentlichen Regularisierungsprozesse" durchgeführt. „Spanien war früher selber ein Land von Auswanderern und bei uns fällt die Integration vor allem der vielen lateinamerikanischen Einwanderer durch die kulturelle und sprachliche Nähe leichter als vielleicht die Integration von Migranten aus dem Nahen Osten in Deutschland", gibt der Migrationsverantwortliche der Kirche zu.

Doch vieles hänge auch von Europa ab. Bis zum Juni 2026 müssen beispielsweise die EU-Asylregeln von allen Mitgliedsstaaten übernommen werden und die sind härter als die bisherigen spanischen Regeln.

Auch in Restaurantküchen arbeiten häufig Menschen mit Migrationshintergrund. Foto: Imago/Sven Simon

„Die antisemitischen Angriffe werden wohl steigen und eine neue Dimension erreichen“

Die Erschießung eines israelischen Paares in Washington D.C. haben Journalisten besonders oft kommentiert. Auch der russisch-ukrainische Krieg sowie Bemühungen, diesen zu beenden, wurden oft besprochen. Außerdem ging es um die Wahl in Polen und die ZdK-Vollversammlung.

Die Tat in Washington D.C. zeige eine neue Dimension der Gefahr vor antisemitischen Übergriffen, schreibt Christian Tretbar im „Tagesspiegel“:

„Der Konflikt ist entgrenzt – was auch daran abzulesen ist, dass Israelis weltweit jetzt noch mehr in Gefahr sind als ohnehin schon. Die antisemitischen Angriffe werden wohl steigen und eine neue Dimension erreichen. […] Was für ein Wahnsinn. Offenbar halten es vermeintliche ‚propalästinensische‘ Aktivisten für legitim, mit Mord gegen die Zustände in Gaza zu protestieren. Als rechtfertigte das diese ungeheuerliche Tat. Die ganze Entwicklung wird dramatisch. Für Jüdinnen und Juden, für Israelis weltweit, aber natürlich auch für Palästinenser. Die israelische Gesellschaft wird gespalten, die Palästinenser sind ohne Hoffnung. Und beiden fehlt eine politische Führung mit dem Willen zum Frieden.“

„Die Wut der israelischen Regierung ist verständlich, aber zielt auf die Falschen“, kommentiert Rewert Hoffer in der schweizerischen „Neuen Züricher Zeitung“:

„In einer Welt, in der die internationalen Institutionen tendenziell israelfeindlich sind, und in einer Region voller Feinde wäre eher Kooperation statt Konfrontation angesagt. Weil aber Attacken auf ausländische Staaten bei der eigenen Bevölkerung gut ankommen, isoliert sich die israelische Regierung international Tag für Tag mehr. […] Mehr Wachpersonal und Stacheldraht vor israelischen Botschaften sind leider notwendig. Doch eines ist klar: Für langfristige Sicherheit braucht das kleine Land auch Vernetzung mit der Welt und Verständnis im Ausland. Statt sich nur einzubunkern, sollte Israel ferner darauf verzichten, seine Freunde in der Welt unnötig zu verprellen. Viele hat der jüdische Staat nämlich nicht mehr.“

Die ideologischen Motive des mutmaßlichen Terroristen vor dem Jüdischen Museum in Washington analysiert Philosophin Renée Fregosi in der französischen Zeitung „Le Figaro“:

„Die Totalitarismen von gestern – der Faschismus ebenso wie der Kommunismus und Nationalsozialismus – haben gezeigt, dass sie ausgehend von einer kleinen, anfänglich minoritären Gruppe, die oft wackelige, absurde oder dumme Theorien vertrat, sowohl massenhaft schwache Geister gewinnen, als auch andere hochgebildete Menschen verführen und dank ihnen die Brutalisierung auf die gesamte Gesellschaft ausweiten konnten. Heute beweisen der islamistische Totalitarismus und der Woke-Terrorismus, dass sie ebenso in der Lage sind, viele Intellektuelle für ihre zerstörerischen Offensiven zu mobilisieren.“

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl in Polen ordnet Jarosław Kuisz in der polnischen Zeitung „Interia“ wie folgt ein:

„Hinter dem Rücken der PiS treten auf der Rechten immer radikalere Figuren auf. Das sollten wir zur Kenntnis nehmen. Diese Partei, die in der internationalen Presse als extrem bezeichnet wurde, hat sich nun in den politischen Einordnungen zur Mitte hin bewegt. Dies ist ein ‚Verdienst‘ der Kandidaten der Konfederacja [der neben Mentzen früher auch der viertplatzierte Braun angehörte]. Diese Einordnungen scheinen jedoch das Ziel zu verfehlen. Im Wahlkampf beeinflussen sich die Konkurrenten auf der rechten Seite gegenseitig. Sie übernehmen gegenseitig die Slogans der anderen.“

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kommentiert Thomas Jansen die jüngste ZdK-Vollversammlung in Paderborn:

„Man sollte meinen, in der katholischen Kirche wäre einiges passiert, über das sich zu sprechen lohnte: Ein Papst, in dessen Amtszeit der Konflikt zwischen den Repräsentanten des deutschen Katholizismus und dem Vatikan in beispielloser Weise eskalierte, ist gestorben. Und seit drei Wochen wird die römisch-katholische Kirche zum ersten Mal von einem Papst aus den Vereinigten Staaten regiert. Aber für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) scheinen das nur Randnotizen zu sein. Da gab es offenbar Wichtigeres, etwa die ‚zehn Handlungsempfehlungen zur Fachkräftesicherung‘, welche die Delegierten verabschiedeten. Und die große Weltpolitik. Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, dass die israelischen Geiseln freigelassen würden und die israelische Armee unverzüglich ihre Blockade des Gazastreifens beende, forderte die Vollversammlung in einer Resolution zum Nahostkonflikt.

Das ist beides richtig. Nur wozu es einer solchen Aufforderung durch das ZdK bedarf, bleibt schleierhaft. Die Stellungnahme dient wohl vor allem einem anderen, sehr provinziellen Zweck: den ‚Anspruch auf politisches Mitgestalten‘ zu dokumentieren, den das ZdK mit einer gehörigen Portion Selbstüberschätzung formulierte. Dafür war dann auch Leo XIV. als Gewährsmann gut genug. Frei nach dem Motto: Der neue Papst steht für das, was das ZdK schon lange tut.“

Der Gefangenenaustausch sei ein Ablenkungsmanöver, Russland intensiviere seine Angriffe kommentiert Dominic Johnson in der „taz“:

„Russland hat seine Militärtechnik modernisiert, die Geschosse sind nicht mehr so leicht abzuwehren. Die ukrainische Luftabwehr kommt nicht mehr hinterher. Parallel dazu intensivieren die russischen Bodenstreitkräfte im Donbass ihre Angriffe erneut deutlich. Wo sind sie denn nun, die vielfach angedrohten Gegenmaßnahmen des Westens? Vor zwei Wochen ließ Russland ein europäisches Ultimatum für einen bedingungslosen Waffenstillstand verstreichen. […]

Also intensiviert Russland jetzt den Krieg. Der Gefangenenaustausch ist ein Ablenkungsmanöver. Man holt eigene Soldaten gesund zurück und schiebt Feinde kampfunfähig ab. Manche im Westen missverstehen das als Geste des guten Willens. Russland wittert jetzt offenbar die Chance, die Ukraine sturmreif zu schießen, bevor es unter der Last seiner Kriegswirtschaft selbst kollabiert. Nordkorea und China helfen. Und was tun die Verbündeten der Ukraine? Von den USA ist nichts zu erwarten. Die Europäer reden zu viel und tun zu wenig. […]“

„Mit dem neuen Papst Leo XIV. kommt Bewegung in die festgefahrenen Gespräche“ zum Ukraine-Krieg, meint Marc Beise im schweizerischen „Tagesanzeiger“:

„[…] Eine allzu aktive Rolle darf die Kirche sich nicht zutrauen, will sie sich nicht übernehmen. Aber mehr als Raum und die Getränke kann sie schon zur Verfügung stellen. Sie kann die ganze Erfahrung des einzigen global agierenden Staates der Welt beitragen. Der Vatikan kann auch in die Waagschale werfen, dass er der vielleicht einzige denkbare

Vermittler ist, der im Ukraine-Krieg keine eigenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen hat – er will auch keine ‚Deals' machen: Das verleiht ihm eine grosse Glaubwürdigkeit. […]"

Als „Hoffnungsträger mit moralischer Autorität" im Ukraine-Krieg bezeichnet Dmitrij Drise den Heiligen Stuhl auf der Internetseite des russischen Radiosenders „Radio Kommersant". Mitte Juni könnte der nächste Verhandlungsschritt zwischen Russland und der Ukraine im Vatikan stattfinden, wie Friedrich Merz bestätigte:

„Wie der deutsche Bundeskanzler sagte, ist der Heilige Stuhl die ‚letzte irdische Instanz', in der die Parteien ‚zu einem konstruktiven Gespräch zusammenkommen können'. […] Der deutsche Regierungschef sagte, was allen klar ist: Der Einigungsprozess kann sich über viele Monate hinziehen. Man sollte sich keine Illusionen machen, eine schnelle Lösung gibt es nicht. […] Allerdings kann man auf den Heiligen Stuhl hoffen. Der neue Papst Leo XIV. macht keinen Hehl aus seinen Absichten, den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu lösen. Zwar hat auch er keinen klaren Plan, wie das geschehen soll, doch sein moralisches Gewicht ist nicht zu unterschätzen."

Nach dem Gefangenenaustausch zwischen Russland und der Ukraine schreibt Tommaso Ciriaco in der italienischen Zeitung „La Repubblica":

„Es ist ein unsicherer Weg, dessen Ausgang von vielen Faktoren abhängt. Und das nicht nur, weil die Europäer gleichsam im Dunkeln tappen. […] Selbst Erdoğan, so scheint es, fehlt eine Vision vom Gesamtbild. […] Trump hätte nicht einmal ihm gegenüber über den Inhalt des letzten Telefongesprächs mit Putin gesprochen, das zum Rückzieher von der Androhung von US-Sanktionen gegen Moskau führte – und Kyjiw sowie den Rest des Westens in eine Krise stürzte. Dennoch ist die [Moskau-]Reise des türkischen Außenministers [Hakan Fidan am Montag] das Ergebnis des erfolgreichen Gefangenenaustauschs. Dieser Schritt lässt für die Zukunft hoffen."

„Trumps unwürdige Angriffe auf die akademische Elite" kritisiert Tanja Traxler in der österreichischen Zeitung „Der Standard":

„ […] Wie fadenscheinig das Argument der Trump-Regierung ist, das Ziel ihrer Angriffe auf die Harvard-Universität sei, gegen Antisemitismus an US-Unis vorzugehen, zeigt sich nicht zuletzt an der aktuellen Entscheidung: Alle internationalen Studierenden sind nun von der Ausweisung bedroht, auch Jüdinnen und Israelis. Um tatsächlich effektiv gegen Antisemitismus in linken intellektuellen Kreisen vorzugehen, bietet die Ausweisung sämtlicher internationaler Studierender keinen Vorteil.

Auch seinen Wählerinnen und Wählern erweist Trump mit seiner Entscheidung einen Bärendienst: Jene ausländischen Studierenden, die es schaffen, an einer Ivy-League-Universität aufgenommen zu werden, sind Hoffnungsträger für künftige Forschungsdurchbrüche und unternehmerische Erfolge. Indem man sie des Landes verweist, wird auch die Grundlage für den künftigen Wohlstand in den USA untergraben. Dass ausgerechnet Harvard ins Visier gerät, ist kein Zufall – die Universität steht symbolisch für vieles, wovon sich Trump bedroht fühl: Weltoffenheit, kritisches Denken, globale Kooperation und intellektuelle Freiheit. Umso mehr ist Europa gefragt, sich engagiert für die Freiheit der Wissenschaft einzusetzen."

„Die Wahl des Papstes aus Chicago war auch eine indirekte Antwort auf die heutige US-Politik“

Naturgemäß widmen sich Kommentare religiöser Medien weiterhin der Frage, was das neue Pontifikat im Vatikan für die Welt bedeutet könnte. Weitere Themen sind der anscheinend vergessene Klimawandel, neue antisemitische Übergriffe sowie das anstehende Jubiläum des Konzils von Nizäa.

In „La Croix international“ blickt Massimo Faggioli auf einen „katholischen Moment“ in den USA:

„Die Wahl Leos XIV. signalisiert einen neuen ‚katholischen Moment‘ für die Vereinigten Staaten – oder die Fortsetzung eines solchen –, öffnet aber auch die Tür, um neu zu überdenken, was ‚Amerika‘ im Zeitalter von Donald Trump für die Welt bedeutet. (...)

Politisch besteht kein Zweifel daran, dass die Wahl des aus Chicago stammenden Papstes [...] auch eine indirekte Antwort auf die heutige US-Politik war – und auf die Mischung aus katholischem Revanchismus und neuheidnischem politischem Messianismus, der Trump als Retter der Vereinigten Staaten sieht.

Die Linke [...] ist jedoch versucht, in Leo XIV. den Anführer der Opposition gegen die von nationalistischen, rechtsgerichteten Führern im Westen dominierte Politik zu sehen – und damit einen Vorwand, um die Entwicklung einer progressiven politischen Antwort zu vermeiden. [...]

Wir sollten nicht erwarten, dass sich Papst Leo XIV. gegen Trump stellt, wie es die Demokraten gerne hätten. In gewissem Sinne ist die Herausforderung für die politische Opposition [...] nicht weniger dringend. Die Katholiken in der Demokratischen Partei müssen ihr Verhältnis zur Religion und zum Katholizismus im Besonderen neu erfinden. [...]

Die Wahl Leos XIV. zwingt die (katholische und andere) Trump‘sche Rechte, ihre Strategien für die Beziehungen zum Vatikan und zum Katholizismus zu überprüfen. [...] Das letzte Jahrzehnt frontaler Opposition zwischen Trump und dem Papsttum könnte vorbei sein – nicht inhaltlich, aber methodisch.

Franziskus spielte eine prophetische Rolle, die die Hoffnungen vieler Katholiken am Leben hielt. Leo XIV. befindet sich in einer ähnlichen Situation, wird aber auch aufgrund seiner direkten Beziehung zur US-Kirche und den USA im Allgemeinen einen größeren Handlungsspielraum haben. [...] Für die US-Bischöfe wird es schwieriger sein, zu ignorieren, was aus dem Vatikan von Leo kommt. [...]

Aus kulturtheologischer Sicht [...] werden die Vereinigten Staaten von Amerika immer katholischer und immer weniger wie das protestantische Land ihrer Gründer aussehen. Der Katholizismus in den USA hat sich im Vergleich zu anderen christlichen Kirchen und Traditionen als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. [...]

Leos Pontifikat könnte Teil einer bedeutenden und langfristigen Neuausrichtung des amerikanischen Katholizismus sein. Dies hätte natürlich auch wichtige Konsequenzen für den weltweiten Katholizismus. Das ‚amerikanische Jahrhundert‘ ist vorbei – vielleicht. Was man vom amerikanischen Katholizismus sicher nicht behaupten kann.“

Für das Portal „katholisch.de“ fragt Stefan Kiechle nach Frauen im Umfeld der jüngsten Papst-Feierlichkeiten und -Auftritte:

„[...] Der Neue macht auch noch einen hervorragenden Eindruck! Vielen Katholiken schwillt zurecht ein wenig die Brust. Das Kirchengejammer wird übertönt von durchaus leicht stolzen Klängen. Wir sind wieder wer.

Doch wo bleiben die Frauen? [...] Kaum Frauen sind zu sehen, maximal für Lesung und Fürbitten – und übrigens auch unter der Politprominenz eher als dezente Begleiterinnen hoher Herren.

Einige Freundinnen von mir - sehr spirituelle Frauen - sagen, sie schauen solche Zeremonien nicht mehr an, denn sie ertragen den Anblick des selbstherrlich Männerbündischen nicht mehr. Auch gehen sie nicht mehr zu Priesterweihen und kaum noch zur sonntäglichen Eucharistie. Auch mich selbst - immerhin Ordensmann und Priester, also Mitglied des Männerbundes - beschleicht ein dunkles Gefühl, wenn ich im Fernsehen diese fast rein männlichen Zeremonien sehe...

Merkt die Kirche, was sie verpasst? Was grundsätzlich nicht stimmt? Wie sie die Hälfte der Menschheit außen vor lässt? Und das Problem ist eben nicht nur das westlich-liberal-akademischer oder feministischer Kreise, sondern eines der gesamten Weltkirche ...“

In der Zeitschrift „Communio“ sinniert Paul-Henri Campbell über die Tatsache, dass der neue Papst aus den USA stammt:

„[...] In den Vereinigten Staaten ist die ‚Weltkirche‘ kein Nebenschauplatz. Neun US-Bischöfe sind in Mexiko geboren, fünf auf den Philippinen, drei Polen und ein Brasilianer sitzen auf Bischofsstühlen in den Vereinigten Staaten.

In Deutschland und Österreich ist der Anteil von im Ausland geborenen Bischöfen gegenwärtig: Null. Von der Weltkirche, wenn es um Macht geht, keine Spur. Papst Leo XIV. ist ein wirkliches Geschöpf der universalen Kirche. Das sagt nichts über seine Theologie oder seine Schwerpunkte: Es ist nur ein Referenzrahmen für seinen Blick.

Wer in Leo XIV. nur einen Anti-Trump oder einen Franziskus II. sehen möchte, sollte genau hinhören. Wer das Papsttum wie ein Parteibuch behandelt, wird absehbar enttäuscht werden. [...]

In ihren Reaktionen entwickelten viele US-Bischöfe eine nuancierte Ekklesiologie, die Universalität, Synodalität, Soziallehre und Dialog betont. Trotz ihrer Offenheit und Großzügigkeit ist diese nicht unbedingt das, was man in Europa als progressiv versteht. [...]

Die Debatte ist aber – im Gegensatz zu Österreich und Deutschland – vielschichtiger und in jedem Fall äußerst lebendig.

Die Äußerungen in den USA lassen sich nicht alle so einfach in die Lager einordnen, wie sie sich innerhalb des deutschsprachigen Katholizismus etabliert haben und von Deutschen auf die ganze Welt projiziert werden. [...]

An einem panamerikanischen Papst könnte man in Deutschland und Österreich begreifen, dass Weltkirche mehr bedeutet als Schulen in armen Ländern zu errichten – oder sich auf öffentlichen Plätzen in Europa in Lichterketten für den Weltfrieden fotografieren zu lassen.

Universalität des Evangeliums ist mehr als sich gegenüber einer bedürftigen Welt in die Geberposition zu bringen. Weltkirche bedeutet, Macht in der Ebenbildlichkeit neu zu entdecken, eine weltweit geteilte Verantwortung. Diese sollte nicht voreilig auf die Verantwortung ‚für das Klima‘ oder ‚die Option für die Armen‘ reduziert werden: Das reduziert die Weltkirche auf eine Problemzone.

Die prohibitive Rhetorik vieler Linkskatholiken hierzulande, die häufig noch härter mit dem Feindbild des Gegenübers spielt, als Konservative, zieht hier nicht. [...] Der oberflächliche Parteigang ersetzt die harte und vor allem spirituell kreative Arbeit in der beständigen Neubegründung auf dem Felsen nicht. Die Chance ist ja: dass die Kirche, die lokal von den Philippinen, über Norwegen, Irak, Kanada und Bolivien jeweils sehr unterschiedliche Temperamente ausgeprägt hat, so zu einer Kirche der Umsicht wird - der wahren Universalität und der Verbindung, das heißt, Brücken baut.“

In „Publik-Forum“ fordert Barbara Tambour eine Schweigeminute für das Klima:

„Wir sollten eine Schweigeminute für das Klima halten: Denn das Ziel, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist verpasst. Vor zehn Jahren hatte die Weltgemeinschaft sich bei der Klimakonferenz in Paris vorgenommen, den Temperaturanstieg unter zwei Grad zu halten, möglichst unter 1,5 Grad. 2024 war das erste Jahr, in dem das globale Klima im Durchschnitt mehr als 1,5 Grad wärmer war. […]

Die globalen politischen Konstellationen stehen gegenwärtig gegen Klimaschutz. Er ist schlicht nicht gewollt und wird nicht priorisiert, nicht unter Kanzler Merz, nicht in der EU und schon gar nicht in den USA. Resignieren? Nein. Die Zivilgesellschaft - das schließt die Kirchen ein - darf nicht nachlassen, eine starke Klimapolitik zu fordern. Genauso wichtig: Städte und Gemeinden müssen klimawandelfest gemacht werden, mit Fokus auf besonders verletzliche Gruppen. Bei uns heißt das: Beschattung und Kühlung in Pflegeheimen, Krankenhäusern, Kindergärten und Schulen. Mehr Bäume und Entsiegelung in Städten. Nach der Schweigeminute müssen wir wieder laut werden und handeln!“

Nach dem Attentat auf zwei israelische Botschaftsmitarbeiter in Washington kommentiert Milena Santerini im italienischen „Avvenire“ die Lage Israels:

„[…] Für viele stellt sich die quälende Frage, was Israel wirklich braucht. Sicher ist es notwendig, seine Sicherheit zu gewährleisten, die Rechtslage in einem gequälten Land wiederherzustellen, wieder diplomatisch tätig zu werden für eine politische und nicht nur militärische Lösung […] Es nützt nichts, Aktionen fortzusetzen, die die Menschenrechte der Palästinenser nicht respektieren. Dies dient vor allem nicht dazu, dem Antisemitismus entgegenzutreten, der hinter dem Deckmantel der Kritik an der israelischen Politik wieder auftaucht.

In den letzten Jahren hat der Antisemitismus in Europa und Italien vor allem in Abhängigkeit von der internationalen Lage zu- oder abgenommen. Er nahm zu, etwa während jeder Intifada oder Kriege in der Region, und ging in ruhigen Zeiten wieder zurück. […]

Die totale Identifikation zwischen der jüdischen Welt der Diaspora und Israel hilft jedoch nicht bei der Bekämpfung dieser Geißel, was durch die Tatsache belegt wird, dass viele jüdische Gemeinden in der ganzen Welt und viele israelische Bürger die Exzesse der Regierung Netanjahu und ihre diskriminierende Politik nicht gutheißen. […]

In der Tat wird von der jüdischen Welt Widerstand gefordert: sich nicht der Idee hinzugeben, dass die ganze Welt ihr Feind ist, aber auch nicht dem Teufelskreis der Gewalt zu verfallen. […] Wir alle müssen dazu beitragen, dass die Erinnerung an die unschuldigen Opfer der Shoah und der Kampf gegen den Antisemitismus nicht durch die heutige Gewalt geschwächt werden.“

In der „Evangelischen Zeitung“ sucht Tilman Baier nach Lehren aus dem Konzil von Nizäa vor 1.700 Jahren:

„[…] Die Erinnerung an das Konzil von Nicäa [sollte …] Anlass sein, darüber nachzudenken, ob es angemessen ist, wenn politische Machthaber über Glaubensfragen entscheiden und ob es Kompromisse bei der Suche nach geistlichen Wahrheiten geben kann.

Denn genau dies geschah damals in der Kirchengeschichte zum ersten Mal – und hat seitdem zahlreiche Fortsetzungen erfahren. Es war der römische Kaiser Konstantin, der das Potenzial des Christentums als Bindemittel zwischen den Völkern in seinem Reich erkannte. […]

Dem Christentum tat es nie gut, wenn die Suche nach geistlichen Wahrheiten dem Streben nach Einheitlichkeit geopfert wurde. Besonders, wenn dies mit Hilfe oder auf Drängen staatlicher Macht geschah. ‚Einheit in versöhnter Vielfalt‘ – diese mühsam gewonnene Formel für die christliche Ökumene mit Leben zu füllen, ist der langwierigere, aber bessere Weg.“

Freie Medien. Starke Demokratie. Unsere Verantwortung.

Ohne Journalismus wird aus Demokratie Willkür. Es gibt einen Überfluss an Informationen, aber ein Defizit an Einordnung.

Unabhängiger Journalismus stellt sich gegen autoritäre Politik, gegen Einflussnahme und Vereinnahmung. Unabhängiger Journalismus benennt Fakten und entlarvt Propaganda. Unabhängiger Journalismus kann erklären und einordnen.

Journalismus ist nicht frei von Fehlern. Aber gerade im Umgang mit Fehlern kann der Journalismus seine Glaubwürdigkeit durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit unter Beweis stellen.

Wir können etwas gegen Desinformation und falsche Narrative tun und unsere Demokratie resilient machen. Halten wir die Gesellschaft zusammen!

Mehr erfahren

Eine Initiative von: *journalist* Das Magazin für Journalismus in Deutschland

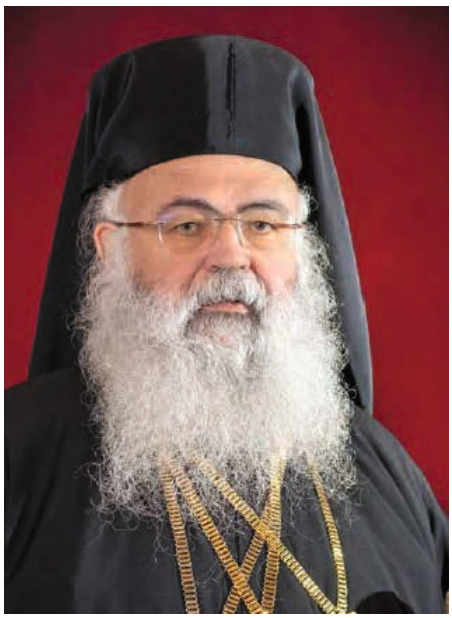
Die Hagios-Theodoros-Kathedrale in Paphos *Foto: Michal Klajban*

Ein Metropolit stolpert über seine anti-ökumenische Position

Zyperns orthodoxe Kirche befindet sich seit geraumer Zeit in Unruhe. Mutmaßliche moralische Skandale und Polarisierungen in der Hierarchie hätten zu Spannungen unter den Gläubigen geführt, heißt es.

Von Nikolaj Thon

Nikosia/Bonn (KNA) Eine Schlüsselfigur der jüngsten Spannungen wurde mehr und mehr der 1981 geborene Metropolit Tychikos (Vryonis). Erst am 12. März 2023 wurde er zum Metropoliten von Paphos und Exarchen von Arsinoi and Romaia inthronisiert. Paphos nimmt in der zypriotischen Kirche einen Ehrenplatz ein. Der derzeitige Primas, Erzbischof Georgios, und seine beiden Vorgänger dienten dort als



Metropolit Tychikos (li.) wurde abgemahnt und von der Leitung der Metropolie entbunden. Zyperns Kirchenoberhaupt, Erzbischof Georgios (re.), war einst Tychikos' Förderer.
Fotos: philenews; Church of Cyprus

Metropoliten, bevor sie den erzbischöflichen Thron bestiegen.

Tychikos war 2008 von Metropolit Georgios (Papachrysostomou), dem heutigen Primas von Zypern, zum Diakon geweiht worden. Nach Abschluss des Theologiestudiums an der Aristoteles-Universität von Thessaloniki 2009 wurde er ein Jahr später zum Priester geweiht. 2012 folgte ein Postgraduiertenstudium in London und Bristol. Gleichzeitig diente Tychikos als Rektor an der Kirche Saint Andrew the Apostle in Weston-super-Mare.

Wandlung vom milden Kleriker zum lautstarken Hardliner

Galt er bis dahin als milder und bescheidener Kleriker, so wandelte er sich nach der Bischofsweihe zu einem lautstarken Verfechter theologischer Hardliner-Positionen. Seine Ansichten zu sensiblen Themen wie katholischer Kirche und deren Papst, den er öffentlich als Ketzer bezeichnete, wurden bald innerhalb der Kirche von Zypern als extrem angesehen.

Tychikos verurteilte den obligatorischen Sexualkundeunterricht in zypriotischen Schulen, der bereits in der Vorschule beginnt, während Primas Georgios ihn lobte. Beobachter ergingen sich bald in Spekulationen, der wachsende Einfluss von Geistlichen wie Tychikos deute auf zunehmende Spannungen hin, ja Spaltungen in der Kirche Zyperns. Vorläufiger Höhepunkt der Auseinandersetzungen war ein Beschluss der Heiligen Synode von Zypern am 22. Mai. Diese entschied in außerordentlicher Sitzung mit zehn gegen sechs Stimmen, Metropolit Tychikos aus der Verwaltung der Diözese Paphos zu entlassen.

Der Hauptvorwurf lautete: Tychikos habe unter dem Vorwand, die Reinheit des Glaubens zu schützen, mit der kirchlichen Hierarchie gebrochen. Obwohl das Statut der Kirche von Zypern (Artikel 14) die Abberufung eines Bischofs nur bei Vorliegen einer Gerichtsentscheidung oder Verurteilung wegen eines schweren kirchlichen Verbrechens vorsieht, machte die Synode von ihrem Recht Gebrauch, sich selbst als Kirchengericht einzuberufen. Dadurch konnte sie über die Amtsenthebung entscheiden, ohne weltliche oder externe Behörden einzuschalten.

Quellen zufolge war der Ökumenische Patriarch Bartholomaios vorab über die Maßnahmen der Synode informiert worden und hatte seine Zustimmung gegeben. Für die Absetzung von Metropolit Tychikos stimmte neben Erzbischof Georgios die Mehrheit

der Synodalen, allerdings waren unter den sechs Gegenstimmen auch solche markanter Persönlichkeiten wie die der Metropoliten Neophytos von Morphou und Athanasios von Limassol.

Laut Beschluss darf Metropolit Tychikos zwar seinen bischöflichen Rang behalten und Mitglied der Heiligen Synode bleiben. Er muss aber auf den Bischofssitz von Paphos verzichten. Die Möglichkeit, irgendwann bei einer Neubesetzung Anspruch auf den Erzbischofsthron zu erheben, ist ihm nicht mehr gestattet. Er gilt nun als Vikar der Metropolie von Paphos und ist der Kirche zur Verfügung gestellt, die ihn nach eigenem Ermessen einsetzen wird. Seine bisherige Diözese wird vorübergehend vom Erzbischof von Zypern Georgios selbst geleitet.

Die Absetzung des Metropoliten von Paphos erfolgte laut Medienberichten nach direkter Intervention von Patriarch Bartholomaios. Dieser habe in einem Brief an Erzbischof Georgios disziplinäre Maßnahmen gegen den rebellischen Hierarchen gefordert. Laut dem zypriotischen Portal „Philenews“ war einer der Hauptgründe für den Konflikt Tychikos‘ prinzipielle Forderung, protestantische Konvertiten generell taufen zu lassen.

Vom Protestantismus konvertierte Braut sollte sich erneut taufen lassen

Anlass war laut „Philenews“ die Beschwerde eines amerikanischen Professors zypriotischer Herkunft, der seine zuvor protestantische Frau nicht wie geplant in Paphos heiraten konnte. Demnach war die Frau vor der kirchlichen Trauung zunächst in Spyridon-Kirche in New York, die zur Jurisdiktion des Patriarchats von Konstantinopel gehört, mit Myronsalbung in die Orthodoxie aufgenommen. Metropolit Tychikos hielt dies jedoch für nicht ausreichend.

So wurde die Familie dann in Paphos darüber informiert, dass der Metropolit die orthodoxe Taufe der Braut forderte, nicht nur die Myronsalbung. Die Situation wurde dadurch erschwert, dass alle Hochzeitsvorbereitungen bereits abgeschlossen waren. In einem Telefongespräch mit dem Metropoliten habe der Bräutigam von Tychikos zu hören bekommen: „Protestanten haben keine gültigen Sakramente, daher ist die ursprüngliche Taufe ungültig.“

Patriarch Bartholomaios: Das ist „konservativ und völlig überholt“

Nach Beschwerden in New York und beim Metropoliten von Chicago, wo die Forderung nach erneuter Taufe als unbegründet bezeichnet wurde, gelangte die Angelegenheit zum Ökumenischen Patriarchen. In einem Brief an Zyperns Erzbischof Georgios drückte Patriarch Bartholomaios „Überraschung und Empörung“ aus. Die Ansichten des Metropoliten von Paphos zu kirchlichen Fragen seien „konservativ und völlig überholt“. Zudem spreche der Metropolit „respektlos und unangemessen über den allverehrten ökumenischen Thron“. Solche Fälle berührten „unsere sensiblen Beziehungen zu nichtorthodoxen Christen und Kirchen“.

„Hier im Phanar“, zitiert „Philenews“ weiter aus dem Schreiben des Ökumenischen Patriarchen, „ist man davon überzeugt, dass die traditionellen Beziehungen unserer Bruderkirchen wie bisher zum Gemeinwohl fortbestehen müssen – was zweifellos Ihr und der Sie umgebenden heiligen Brüder Wunsch ist. Daher bitten wir Sie, den Metropoliten von Paphos zur Ordnung zu rufen und ihm zu verbieten, die vorbildlichen Beziehungen zwischen den alten Kirchen von Konstantinopel und Zypern zu verletzen.“

Erzbischof Georgios berichtete der Heiligen Synode über die Situation und stellte fest: „Aufgrund dieser Beschwerde wurden wir vor der orthodoxen Kirche von Amerika (gemeint ist die Erzdiözese des Patriarchats von Konstantinopel) und den staatlichen Behörden Amerikas kompromittiert.“ Es war klar, dass eine synodale Entscheidung anstand, aber Insider hatten nicht erwartet, dass die Dinge so weit gehen würden. Die meisten Beobachter gingen davon aus, Erzbischof Georgios wolle lediglich einen eigen-

sinnigen Bischof zügeln. Doch einerseits waren die Auseinandersetzungen zwischen beiden schon zu sehr publik. Tychikos hatte durch unerwartet trotziges Verhalten seinen einstigen Förderer verärgert. Schon Tychikos' Weigerung, der Synodenmehrheit in der Frage der Anerkennung der „Orthodoxen Kirche der Ukraine" zu folgen, führte zu ernsthaften Spannungen. Außerdem gab es wiederholt Beschwerden über seinen Führungsstil in Paphos, weswegen Tychikos schon früher ermahnt worden war, sich an Regeln und Synodenbeschlüsse zu halten.

Die wichtigsten aktuellen Anklagepunkte waren nun die Ordination eines umstrittenen Geistlichen, der einer abtrünnigen Gruppe in Thessaloniki angehörte. Weiterhin seine Verweigerung, gemischtgläubige Ehen zu schließen oder Taufen und Taufscheine anderer Kirchen zu akzeptieren, sowie Spaltungen unter den Gläubigen in der Diözese Paphos.

Tychikos soll sich von „Apotikisi"-Bewegung distanzieren

Nach eingehender Beratung erachtete die Synode die Antworten des Metropoliten als „unzureichend" und kam zum Schluss, es gebe „schwerwiegende Mängel in der Leitung und Seelsorge der Metropolie". In der endgültigen Entscheidung heißt es: „Der genannte Hierarch wird der Kirche zur Verfügung gestellt, die ihm eine angemessene Rolle zuweisen wird, vorausgesetzt, er legt zunächst ein schriftliches Glaubensbekenntnis vor, das eine Verurteilung der Praxis des Schismas (apotikhisis) enthält."

Nach Angaben von news.rik.cy sprach Tychikos selbst von „sehr schwierigen Momenten" und räumte ein, dass er aufgrund seines jungen Alters Fehler gemacht haben könnte. Er erklärte jedoch mit Nachdruck: „Ich glaube nicht, dass ich etwas getan habe, was mein Gewissen belastet". Erzbischof Georgios hingegen betonte gegenüber zypriotischen Medien, dass Metropolit Tychikos zahlreiche Gelegenheiten zu einem Kurswechsel erhalten habe. Nun müsse dieser ein schriftliches Glaubensbekenntnis vorlegen, in dem er sich ausdrücklich von der sogenannten „Apotikisi"-Bewegung distanziert.

Unter „Apotikisi" versteht man im orthodoxem Kirchenrecht einen Akt der Trennung von der Hierarchie der Kirche, typischerweise aus doktrinären Gründen. Diejenigen, die diese Haltung einnehmen, bekannt als „Apotikisten", betrachten dabei andere Mitglieder der Kirche – manchmal sogar ganze Hierarchien – als ketzerisch. Sie präsentieren sich selbst als die wahren Verteidiger des Glaubens, doch ihre kompromisslose und konfrontative Haltung wird von der institutionellen Kirche als extrem und schismatisch angesehen. Dies war daher auch der zentrale Vorwurf, der zu Tychikos' Absetzung führte.

„Es besteht die Gefahr, dass die Fundamente der gesamten orthodoxen Kirche erschüttert werden. Wenn wir Schismen unter den Orthodoxen schaffen, können wir nirgendwo bestehen", warnte Erzbischof Georgios. Er selbst sei von Tychikos in die Irre geführt worden: „Solange er mir nahestand, war er ein gehorsames Kind. Aber als er die Macht übernahm, ignorierte er uns alle und tat so, als wüsste er alles."

Solidaritätsdemonstration für abgesetzten Metropoliten in Paphos

Zu Berichten, die auf ein Eingreifen des Präsidenten der Republik anspielen, stellte Erzbischof Georgios klar, dass Präsident Nikos Christodoulidis „niemals eingegriffen" oder gar die Absetzung der damit verbundenen Personen gefordert habe. Inzwischen hat sich allerdings auch unter einigen Gläubigen in Paphos eine Protestaktion zugunsten des abgesetzten Metropoliten gebildet. Dieser sei immerhin, wie in der Kirche Zyperns üblich, vom Volk gewählt worden.

Neuwahlen für den Metropoliten von Paphos werden voraussichtlich am 6. Juli stattfinden. Zu den Kandidaten gehören dieselben Personen, die an der vorherigen Wahl teilgenommen haben.

Synodalität aus verschiedenen Perspektiven

Auf Zypern fand die jüngste Sitzung der internationalen lutherisch-orthodoxen Dialogkommission statt: Was begründet Synodalität – Taufe oder Eucharistie? Und welche Rolle spielen Laien bei einer Synode?

Von Benjamin Lassiwe

Larnaka/Berlin (KNA) Lutheraner und Orthodoxe haben ihren Dialog zu den Themen Synodalität und Primat fortgesetzt. Exakt 1.700 Jahre nach dem ersten ökumenischen Konzil von Nizäa traf sich die international besetzte Dialogkommission auf Einladung der Kirche von Zypern in Larnaka. Beim letzten Treffen der lutherisch-orthodoxen Dialogkommission im vergangenen Jahr in Kairo hatten sich Lutheraner und Orthodoxe auf ein gemeinsames Statement geeinigt.

Darin schlägt die Kommission den lutherischen Kirchen vor, im Glaubensbekenntnis von Nizäa -Konstantinopel bei der Formulierung „Wir glauben [...] an den Heiligen Geist, der Herr ist und lebendig macht, der aus dem Vater und dem Sohn (lateinisch: „filioque“) hervorgeht“ auf das später eingefügte „filioque“ zu verzichten. Die ist in den orthodoxen Kirchen üblich und wird bei den ACK-Kirchen in Deutschland zumindest dann praktiziert, wenn ökumenische Gottesdienste unter Beteiligung der Orthodoxie gefeiert werden.

Der mitteldeutsche Regionalbischof Johann Schneider Foto: Imago/epd

„Auf unterschiedlichen Satelliten unterwegs“

Von solchen weltweit beachteten Statements war man in diesem Jahr um Einiges entfernt, berichtet der mitteldeutsche Regionalbischof Johann Schneider, der als ausgewiesener Orthodoxie-Experte der Leiter der lutherischen Delegation war. Ihr gehörten auch Vertreter lutherischer Kirchen aus Dänemark, Norwegen, Finnland, Estland, Äthiopien, Bolivien, Italien und den USA an. „Wir waren auf sehr unterschiedlichen Satelliten unterwegs, wenn wir etwa über Synoden und Konzile

Die lutherisch-orthodoxe Dialogkommission bei ihrem Treffen in Larnaka *Foto: LWB/Facebook*

sprachen“, sagte Regionalbischof Schneider anschließend dem „KNA-Hintergrund“.

So habe es zwischen Lutheranern und Orthodoxen, aber auch innerhalb der orthodoxen Delegation deutlich unterschiedliche Auffassungen über die Rolle von Laien in einer Synode gegeben. Einig sei man sich allerdings in der Feststellung gewesen, dass Synodalität ein integraler Bestandteil kirchlicher Praxis sei.

Während die Orthodoxen die Gemeinschaft einer Synode stärker als eucharistische Gemeinschaft beschreiben, habe bei den Lutheranern die Betonung auf der gemeinsamen Taufe als Grundlage dieser Gemeinschaft gelegen, berichtete Schneider. Unterschiedlich wird auch die Rolle von Bischöfen und vor allem des Bischofs von Rom in Synoden gesehen: Bei den Orthodoxen stehen sie als „Protos/Primus“ in einer stärkeren Leitungsposition als bei den Lutheranern.

Betont wurde auch, dass Synoden keine neuen Dogmen beschließen können. Ebenso wenig hätten sie die Funktion eines Parlaments in einer parlamentarischen Demokratie: „Denn ihre Autorität kommt von Gott“, sagte der mitteldeutsche Regionalbischof.

Zudem sei man sich einig, dass die finale Autorität von Synodenbeschlüssen aus ihrer In-Kraft-Setzung durch die Rezeption in den Kirchen resultiere. Weiterarbeiten wollen die Mitglieder der Dialogkommission unter anderem an der Rolle von Laien, der lutherischen Position zu einem bischöflichen Primat und dem Verhältnis von Eucharistie und Synodalität.

Unterschiedliches Verständnis von Kirchenversammlung: eine EKD-Synode in Würzburg (li.) und eine griechisch-orthodoxe in Athen (re.) *Fotos: Katharina Gebauer/KNA; Imago/ANE edition*

Bernd Kuschnerus bleibt leitender Geistlicher in Bremen

Bremen (KNA) Bernd Kuschnerus (62) bleibt leitender Geistlicher der Bremischen Evangelischen Kirche. Der 141 Mitglieder zählende Kirchentag, das Parlament der Kirche, bestätigte den bisherigen Schriftführer vergangene Woche in Bremen mit 90,3 Prozent der Stimmen. Wie mit der neuen Kirchenverfassung im Mai 2024 beschlossen, heißt sein Amt seit Beginn dieses Jahres nicht mehr Schriftführer, sondern Kirchenpräsident. Das Kirchenparlament, der Kirchentag, wollte damals zeitgemäßere Formulierungen für das leitende Personal finden.

Zu seiner Wiederwahl sagte Kuschnerus: "Mir liegt am Herzen, dass unsere Kirche auch in einem sich verändernden Umfeld alle Möglichkeiten nutzt, damit das Evangelium von Jesus Christus die Menschen erreicht. Darum möchte ich gemeinsam mit Ihnen dazu beitragen, dass unser Netz aus Gemeinden und Einrichtungen weiterhin Orte der Wärme für Seele, Geist und Leib bildet, Dialogräume in Kirche und Gesellschaft öffnet und für alle sicher ist."

Kirchenpräsident Bernd Kuschnerus und Präses Maria Esfandiari
Foto: Tristan Vankann/BEK

Mit 88,39 Prozent wählte der Kirchentag die Medienexpertin und Projektmanagerin Maria Esfandiari (32) zu seiner Präses. Ihr Amt, das zuvor Edda Bosse inne hatte, wurde mit der neuen Verfassung von Kirchenpräsidentin in Präses umbenannt. Esfandiari erklärte, sie wolle die ihr von Gott geschenkte Hoffnung und Kraft „nutzen, um unsere Kirche mit Leidenschaft und Zuversicht zu stärken, den Kirchentag engagiert zu leiten und mit euch gemeinsam unsere vielfältige, glaubensstarke Gemeinschaft sichtbar zu machen".

Neuer Vizepräses ist der bisherige Schatzmeister Oliver Gampper, im Hauptberuf Wirtschaftsprüfer. Den zweiten Vizepräses-Posten nimmt der wiedergewählte Martin Franzius (94,7 %) ein. Neu zum Vorstand des Kirchenausschusses gehört der hauptamtliche Leiter der Kirchenverwaltung. Peter Schultz wurde mit 83,3 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt.

Die Bremische Evangelische Kirche ist mit rund 152.000 Mitgliedern eine der kleineren unter den 20 evangelischen Landeskirchen in Deutschland.

Foto: BEK
Vizepräses Martin Franzius

Foto: BEK
Vizepräses Oliver Gampper

Foto: BEK
Verwaltungsleiter Peter Schultz

Gruppenbild der Kirchenführer in Kairo. In der Mitte vorne (v.li.): Patriarch Ignatius Ephräm II., Papst Tawadros II. und Katholikos Aram I. *Foto: Katholikat der Armenischen Kirche*

Orientalische Kirchen feiern 1.700 Jahre Konzil von Nizäa

Kairo/Genf (KNA) Mit einem Festakt in Kairo haben orientalisch-orthodoxe Kirchenführer des ersten Ökumenischen Konzils vor 1.700 Jahren in Nizäa gedacht. Dazu eingeladen hatten der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II., der syrisch-orthodoxe Patriarch von Antiochien, Ignatius Ephräm II. (Karim), sowie der armenisch-apostolische Katholikos Aram I. geladen, wie der Weltrat der Kirchen in Genf berichtete.

An dem Treffen in der Päpstlichen Residenz nahmen auch der griechisch-orthodoxe Patriarch von Alexandrien, Theodoros II., der anglikanische Bischof Samy Fawzy von Ägypten, Nordafrika und dem Horn von Afrika sowie der Präsident der evangelikalen Kirche Ägyptens, Andrea Zaki, teil. Zudem waren Vertreter weiterer Kirchen aus der Region zugegen. Neben Grußworten, Chorgesängen, einer Pfadfinderparade und einer Pressekonferenz wurden zwei Dokumentarfilme über das Konzil von Nizäa und die koptische Kirche gezeigt.

Theologen-Konferenzen in Antalya und Bukarest: Inkarnation und Osterdatum

Antalya/Genf (KNA) Anlässlich des 1.700. Jahrestages des Konzils von Nizäa fand Anfang Mai in Antalya eine internationale Theologen-Konferenz „Restarting from Nicaea: The Importance of the Incarnation in Contemporary Theology“ statt. Zu Beginn warnte der Ökumenische Patriarch Bartholomäus, dass „das Sprechen über Gott – das Theologisieren – eine riskante Angelegenheit“ sei. Andererseits müsse „der Geist von Nizäa die christliche Botschaft wieder entzünden“.

25 Referenten aus elf Ländern diskutierten mit Teilnehmern die Bedeutung der Inkarnation Gottes für die heutige christliche Theologie. Dabei wurde mehrfach gefordert, den theologischen Dialog zwischen orthodoxer und römisch-katholischer Kirche sowie mit anderen christlichen Kirchen zu erweitern. Immerhin sei das Konzil von Nizäa ein Konzil der christlichen Einheit gewesen.

Vom 14. bis 17. Mai fand in Bukarest ein internationales Symposium ebenfalls über Nizäa statt. Dabei ging es vor allem auch um „Nizäa und das gemeinsame Paschadatum“. Ein gemeinsames Osterdatum, so Metropolit Job, sei ebenfalls ein Vermächtnis des ersten ökumenischen Konzils.